

Arbeitskreis
Militärsgeschichte e. V.

newsletter



**Zur Wahrnehmung des schweizerischen
Réduits im Sommer 1940: Mythos und
Realität**

Dieter Wicki und Michael Olsansky

**"Inter arma caritas" - Rotes Kreuz, Erster
Weltkrieg und Kriegsgeschichte**

Uta Hinz

**Soziale Rekrutierung, militärische
Sozialisation und gesellschaftliches
Selbstbild des bayerischen Offizierkorps
(1804–1866) (Dissertation)**

Gundula Gahlen

**Bombenteppiche: Eine Ausstellung über
Krieg und Frieden im Spiegel afghanischer
Bildteppiche**

Markus Pöhlmann

Januar 2002

16

Bildnachweise:

Titelseite: Wrack eines US-Panzers in der Zitadelle von Hué, Vietnam 1996 (Photo: M. Pöhlmann)
Seite X: "Erfinderisch" (Karikatur von J. Leiter, Dorfbarbier 1902)

**IMPRESSUM:
Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.**

Der Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. wurde Ende Oktober 1995 gegründet. Seine alleinige Aufgabe ist die Förderung von Forschung und wissenschaftlichem Austausch auf dem Gebiet einer Militärgeschichte, die den traditionellen politischen und institutionellen Aspekten der Geschichte von Militär und Krieg ebenso geöffnet ist wie den modernen sozial- und mentalitätshistorischen sowie kulturanthropologischen Ansätzen. Der Arbeitskreis bietet allen militärhistorisch Interessierten (u.a. Doktoranden, Habilitanden und Lehrenden) die Möglichkeit, miteinander in Verbindung zu treten. Auf diese Weise soll versucht werden, dem Informationsmangel abzuwehren, der u.a. daraus resultiert, dass die Militärgeschichte an den deutschen Universitäten bislang kaum institutionell vertreten ist. Der Arbeitskreis schafft ein solches Forum durch die Organisation von Tagungen, die jährlich stattfindende Mitgliederversammlung und durch seinen newsletter.

Der Zeitraum, den der Arbeitskreis abdecken möchte, umfasst insbesondere die Neuzeit, selbstverständlich können aber auch an früheren Epochen Interessierte Mitglieder des Vereins werden. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit € 25,00 für Studenten und Arbeitslose € 10,00. Ein Beitrittsformular liegt diesem Heft bei.

Herausgeber des newsletter:
Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.

Vorstand:
Prof. Dr. Wilhelm Deist, Prof. Dr. Gerd Krumeich,
Dr. Rüdiger Overmans, PD Dr. Karen Hagemann,
Dr. Jürgen Förster, Prof. Dr. Stig Förster

Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ 660 100 75
Konto-Nr. 347373-755

Herstellung:
Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. in Verbindung mit dem Historischen Seminar II der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Bezug:
Der newsletter erscheint dreimal jährlich; Mitglieder des Arbeitskreises erhalten den newsletter kostenlos; Bezug durch den Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. Preis je Heft € 10,00 (inkl. Versand).

Verantwortliche Redakteure

Christian Alsen, M.A.: Website
webmaster@akmilitaergeschichte.de
Dr. Gundula Bavendamm: Wiss. Projekte
g.bavendamm@akmilitaergeschichte.de
Dr. Susanne Brandt: Unendliche Welten
s.brandt@akmilitaergeschichte.de
Dr. Uta Hinz : Tagungsberichte, -hinweise
u.hinz@akmilitaergeschichte.de
Daniel Horath, M.A.: Redaktion
d.horath@akmilitaergeschichte.de
Dr. Stefan Kaufmann: Essays
s.kaufmann@akmilitaergeschichte.de
Dr. Markus Pöhlmann: Archive u. Museen
m.poehlmann@akmilitaergeschichte.de
Dr. Michael Sikora: Redaktion
m.sikora@akmilitaergeschichte.de
Nadja Stirnimann: Layout
n.stirnimann@akmilitaergeschichte.de
Dr. Dierk Walter: Schlussredaktion
d.walter@akmilitaergeschichte.de
Dr. Jürgen Zimmerer: Essays
j.zimmerer@akmilitaergeschichte.de

© by Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.
Die Beiträge sind urheberrechtlich geschützt, die Verfasser für den Inhalt verantwortlich.

Beiträge, Tagungsberichte, öffentliche Aufrufe und Ankündigungen, Informationen über laufende Forschungsprojekte (v.a. Dissertationen und Habilitationen), geplante Tagungen, Ausstellungen, Forschungseinrichtungen, calls for papers, calls for information etc. richten Sie bitte per E-Mail oder mit PC-kompatibler Diskette an die Redaktion unter der angegebenen Adresse.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge abzulehnen, geteilt abzudrucken oder in Vereinbarung mit dem/der Verfasser/in zu kürzen.

Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.

Redaktion newsletter

Dr. Dierk Walter

Hamburger Institut für Sozialforschung

Mittelweg 36

D-20148 Hamburg

Tel. ++49-(0)40-414097-62

Fax ++49-(0)40-414097-11

E-Mail d.walter@akmilitaergeschichte.de

<http://akmilitaergeschichte.de>

ISSN 1434-7873 (Gedruckte Ausgabe)
**Redaktionsschluss für newsletter nr 17:
27. Februar 2002**

INHALT

Aus dem Arbeitskreis	5
Editorial	6
Mailingliste des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V.....	6
Essays.....	8
Zur Wahrnehmung des schweizerischen Réduits im Sommer 1940: Mythos und Realität.....	8
"Inter arma caritas" - Rotes Kreuz, Erster Weltkrieg und Kriegsgeschichte.....	13
Wissenschaftliche Projekte	19
Soziale Rekrutierung, militärische Sozialisation und gesellschaftliches Selbstbild des bayerischen Offizierkorps (1804–1866) (Dissertation)	19
Belgische Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft. Deportation, Zwangsarbeit und Anwerbung in Belgien im Ersten Weltkrieg (Dissertation)	23
Das deutsche Westheer und die Eskalation der Gewalt. Kriegführung und Besatzungspolitik in Frankreich 1943/44 (Dissertation)	26
Historische Orte, Institutionen und Forschungsbereiche	28
Bombenteppiche: Eine Ausstellung über Krieg und Frieden im Spiegel afghanischer Bildteppiche.	28
"Das ‚Unternehmen Barbarossa‘ 1941" (wissenschaftliches Online– Forum)	30
Tagungsberichte.....	31
"Zwischen ‚Hammer‘ und ‚Sichel‘: Bewaffneter Widerstand der Bevölkerung in Ostmitteleuropa während des Zweiten Weltkrieges und die Reaktion der deutschen und sowjetischen Besatzungsmacht".....	31
Demobilizing the Mind. Culture, Politics and the Legacy of the Great War, 1919-1933	35
"Operational Art". Jahrestagung der Society for Military History, Calgary, Kanada, 24.–27. Mai 2001	39

Tagungsankündigungen	40
"Frontlines: Gender, Identity and War"; School of Historical Studies, Monash University / Australia (12.-13.7.2002)	40
"The Cold War Army, 1947-1989". Conference of Army Historians. U.S. Army Center of Military History; Washington (6.-8.8.2002)	41
Ein "totaler Krieg"? Belgien und der Erste Weltkrieg.	41

Aus dem Arbeitskreis

Das jüngste "Baby" des Arbeitskreises hat endlich das Licht der Welt erblickt! Nach langen Überlegungen über die sinnvollste Anbindung, mögliche Überschneidungen mit dem newsletter und was sonst noch alles zu beachten war, besitzt der Arbeitskreis nun eine eigene, geschlossene Mailing-Liste, die nur den Mitgliedern des Arbeitskreises zur Verfügung steht. Sie ist derzeit an der TU Berlin angesiedelt, dankenswerterweise hat sich Frau Hagemann bereit erklärt, die Liste zu betreuen. Es ist aber keineswegs das Ziel des Vorstandes, alle Aufgaben zu okkupieren. Über das eine oder andere Mitglied, das bereit wäre, die Betreuung der Liste mit zu übernehmen, würde Frau Hagemann sich freuen. Bitte wenden Sie sich gegebenenfalls direkt an sie.

Gedacht ist die Mailing-Liste als Forum für Diskussionen und die Veröffentlichung kurzfristiger Informationen. Was aus ihr wird, ob sie zu einem stark frequentierten Medium heranwächst oder ob sie mangels Interesse sanft entschläft, das hängt von den Mitgliedern ab. Nutzen Sie sie, erproben Sie sie!

Auch auf administrativem Gebiet wird der Arbeitskreis wachsender Mitgliederzahlen wegen immer professioneller. Konnten wir uns in den ersten Jahren noch mit einer Excel-Datei als Mitgliederverzeichnis und einer kleinen Buchhaltung begnügen, überstiegen doch schon in den letzten Jahren die Mitgliederzahlen das Maß des mit "handgestrickten" Lösungen Machbaren. In den letzten Monaten haben wir nun endlich ein professionelles Dateiverwaltungsprogramm eingeführt, das Schriftleitung, Geschäftsstelle und Kassenwart in Zukunft hoffentlich viel Arbeit erspart.

Leider war die Einführung der neuen Software - wie immer in solchen Fällen - mit einigen Übergangsschwierigkeiten verbunden. So

klappte der Datentransfer nicht in allen Fällen und auch ansonsten tauchten "Problemchen" auf. Für Unannehmlichkeiten, die hoffentlich nur wenige Mitglieder erleben mussten, entschuldigen sich Vorstand und Geschäftsstelle hiermit ganz herzlich. Diese Umstellung war auch der Grund dafür, dass in diesem Jahr im Gegensatz zu früher die Mitgliederbeiträge erst im August abgebucht werden konnten. Leider mussten wir dabei erleben, dass in mehr als 20 Fällen Konten erloschen waren oder aus sonstigen Gründen die Lastschriften zurückgebucht wurden, obwohl in der letzten Ausgabe des newsletters nochmals aufgefordert worden war, die Einzugsermächtigungen zu aktualisieren. Die Kosten dafür betragen bis zu DM 15 pro Fall. Insgesamt gingen dem Verein DM 250 verloren, die für einen besseren Zweck hätten eingesetzt werden können. Alle Mitglieder, deren Kontoverbindung sich geändert hat, werden daher nochmals gebeten, dem Arbeitskreis eine aktualisierte Einzugsermächtigung zukommen zu lassen.

In der Vergangenheit hatte es sich gerade für die im Ausland lebenden Mitglieder als schwierig erwiesen, den Mitgliedsbeitrag zu überweisen, ohne immense Überweisungsgebühren in Kauf nehmen zu müssen. Um ihnen, aber auch allen anderen, die daran interessiert sind, entgegen zu kommen, können Sie inzwischen mit Master- oder Visa-Kreditkarte zu bezahlen. Ich hoffe, dass damit die Zeit der im Briefumschlag zugeschickten Banknoten vorbei ist.

Was die finanzielle Gesamtsituation des Vereins betrifft, so ist sie generell als stabil zu bezeichnen. Allerdings ist hier eine Tendenz zu beobachten, die sich langfristig negativ auswirken kann. In den ersten Jahren lebten die allermeisten Vorstands- und Redaktionsmitglieder des newsletters in Freiburg, inzwischen haben sich beide Gremien personell verstärkt. Aber diese

Neuzugänge sind über das ganze Bundesgebiet verstreut, was zu einer deutlichen Erhöhung der Reisekosten geführt hat. Hier die Balance zwischen der gewünschten Breite der Beteiligung und den vorhandenen Mitteln zu finden oder neue Finanzierungsquellen zu erschließen, wird eine der kommenden Aufgabe des Vorstandes sein.

Mit den besten Grüßen

Ihr
Rüdiger Overmans

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

8. November 2001: Im Internet-Diskussionsforum H-WAR gibt Alan Guthrie zu bedenken, der Krieg des Byzantiners Basileus II. Bulgaroctonus gegen die Bulgaren (1014) habe doch schließlich auch wertvolle Lehren für den gegenwärtigen Krieg in Afghanistan aufzuweisen: Die Bulgaren seien zwar gute Guerilleros gewesen, die Byzantiner aber letzten Endes die besseren Logistiker. Manchmal gewinnt man den Eindruck, dass einen die Geschichte buchstäblich wieder einholt. Leider ist die Sache ja nicht ganz so einfach. Und so sehen sich heute Historikerinnen und Historiker, die sich mit Militär, Krieg und mehr oder weniger organisierter Gewalt beschäftigen, einer stärker werdenden Erwartungshaltung seitens der Medien und der Öffentlichkeit gegenüber. Zwei Minuten O-Ton zur Unversöhnlichkeit der Ethnien auf dem Balkan, drei Sätze zur Unmöglichkeit eines militärischen Sieges gegen "die Afghanen", vier Spalten Rückbesinnung auf den angestaubten Säulenheiligen Clausewitz. Wo Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des

Krieges derart ineinander aufgehen, fällt die Bestimmung des eigenen wissenschaftlichen Bezugspunktes mitunter etwas schwer. Der newsletter wird Ihnen hierbei keine bequemen Antworten bieten; gleichwohl steht er Ihnen als Diskussionsforum für eine solche Standortbestimmung zur Verfügung.

Wieder einmal dreht sich das Personalkarussell in unserer Redaktion. Uta Hinz, die der Redaktion seit 1998 angehörte und bislang für die Veranstaltungshinweise zuständig war, hat unsere Redaktion verlassen, da sie sich nun ganz auf ihre wissenschaftliche Arbeit konzentrieren will. Die Entscheidung ist ihr nicht leicht gefallen, und die gesamte Redaktion bedauert ihren Weggang. Für ihren ehrenamtlichen und engagierten Beitrag möchten wir ihr deshalb herzlich danken. Insgeheim hoffen wir natürlich, dass ihr Essay in dieser Ausgabe nicht ihr letzter Beitrag für den newsletter bleiben wird. Dies hat zur Folge, dass wir unter Einbindung der erst kürzlich eingetroffenen Verstärkung redaktionell umgruppieren. Gundula Bavendamm wird die vakante Rubrik "Veranstaltungshinweise" übernehmen und die "Wissenschaftlichen Projekte" an Daniel Hohrath übergeben; Michael Sikora verstärkt ab sofort die Essayredaktion.

So treten wir tatsächlich schon ins siebte Jahr des newsletters und hoffen, dass wir dort wieder mit Ihnen rechnen können.

Markus Pöhlmann

Mailingliste des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V.

ak-militaergeschichte-l@rz.zu-Berlin.DE

Seit Oktober 2001 steht den Mitgliedern des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V. zur flexiblen internen Information und Diskussion neben dem newsletter eine elektronische Mai-

lingliste zur Verfügung, die alle Mitglieder des Arbeitskreises umfasst, die der Geschäftsführung ihre E-mail-Adresse gemeldet haben. Diese derzeit 252 von insgesamt 411 Mitgliedern werden durch die Liste erreicht und können jederzeit selbst direkt an diese Liste eine Email senden.

Folgende Informationen und Anfragen können über die Mailingliste versandt werden:

- Informationen von Vorstand und newsletter- Redaktion,
- Themen und Termine von Vorträgen, Workshops, Vorlesungsreihen und Lehrveranstaltungen,
- Calls for Papers,
- Stipendien-, Projekt- und Stellenausschreibungen im Bereich der Militärgeschichte,
- Anfragen zur Forschungskooperation,
- Anfragen zu Quellen und Archiven,
- Anfragen zu militärgeschichtlichen Begriffen und Forschungsproblemen.

Angestrebt wird zudem, dass die Liste sich zu einem Forum der Diskussion über aktuelle Forschungsfragen entwickelt.

Betreuung der Mailingliste

Da nur Mitgliedern des AKM der Listenzugang ermöglicht werden soll, es sich also um eine sogenannte "geschlossene Mailingliste" handelt, wird die Liste nicht redaktionell betreut und werden folglich auch die an die Liste gesandten E-Mails nicht redaktionell bearbeitet. Die Attraktivität und die Entwicklung der Mailingliste hängen damit unmittelbar vom Engagement der Mitglieder des AKM ab.

Die technische Betreuung der Liste liegt in den Händen der Schriftführerin des AKM. Die Liste

ist vorerst angebunden an den Server der Technischen Universität Berlin.

Aufnahme in die Mailingliste

Die Aufnahme in die Mailingsliste ist nur Mitgliedern des AKM möglich.

AKM-Mitglieder, die bisher nicht der Mailingliste angehören und einen neuen E-Mailzugang erworben haben, erwirken ihre Aufnahme in die Liste durch eine E-Mail an die Adresse der Geschäftsstelle des AKM: geschaeftsstelle@akmilitaergeschichte.de.

Neue Mitglieder, die ihre E-Mail-Adresse auf dem Eintrittsformular mitteilen, werden automatisch in die Liste aufgenommen.

Änderung der E-Mail-Adresse

Änderungen der E-Mail-Adresse sollten durch eine E-Mail an die Adresse der Geschäftsstelle des AKM: geschaeftsstelle@akmilitaergeschichte.de mitgeteilt werden.

Austritt aus der Mailingliste

Mit dem Austritt aus dem AKM ist automatisch auch das Ausscheiden aus der Liste verbunden.

AKM Mitglieder, die nicht der Liste des AKM angehören möchten, teilen dies durch eine Email an die Adresse der Geschäftsstelle des AKM mit: geschaeftsstelle@akmilitaergeschichte.de.

Berlin, Oktober 2001

Im Auftrag des Vorstandes des AKM
Karen Hagemann

Essays

Zur Wahrnehmung des schweizerischen Réduits im Sommer 1940: Mythos und Realität

von Dieter Wicki und Michael Olsansky

In der öffentlichen Meinung der Schweiz verfestigte sich das "Réduit national" bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges zum Mythos. Der Entschluss, sich zunächst mit beträchtlichen Teilen und dann schließlich mit dem Gros der Armee in eine Alpenstellung zurückzuziehen, wurde in der Sicht ex post gleichsam zur Zauberformel, mit der allein die Verteidigung des Landes hatte sichergestellt werden können. Das ruft zugleich nach Überprüfung des operationsgeschichtlichen Wertes und der Rezeption der Réduitkonzeption. Der vorliegende Aufsatz versucht, in einem ersten Schritt einen Beitrag zum zweitgenannten Aspekt zu liefern.

Beim Chef des Generalstabes im deutschen Oberkommando des Heeres, General der Artillerie Halder, findet sich im Oktober 1940 im Rahmen der Angriffsplanungen gegen die Schweiz die Überlegung, dass diejenigen Teile der Schweizer Armee, denen das Ausweichen in *"unwegsames Gebirgs Gelände"* gelingen könnte, dort ausgehungert werden sollten: *"Sie können allein nicht leben; Absperren genügt."* Halders Planungen waren natürlich in der Schweizer Armeeführung nicht bekannt, seine Meinung wurde interessanterweise aber geteilt: Oberstkorpskommandant Fritz Prisi, der Kommandant des 2. Armeekorps äußerte sich in einer Lagebesprechung am 22. Juni 1940 mit eben diesem Argument gegen das geplante Réduit national, das seiner Meinung

nach keine "Landesverteidigung" mehr sicherstellen könne, sondern nur noch eine "Armeeverteidigung" sei. Innerhalb der Schweizer Generalität wurde die neue Verteidigungskonzeption in der Phase der Entscheidungsfindung kontrovers diskutiert. Die schließlich aus logistischen Gründen gewählte Kompromisslösung ermöglichte es dabei, die Heereseinheiten der gegen das Réduit eingestellten Divisionskommandanten im Mittelland zu belassen.

Es stellt sich die Frage, welche Haltung die Milizsoldaten gegenüber dem sukzessiven Rückzug der Armee in die Berge einnahmen, der die traditionelle Trennung zwischen "Front" und "Hinterland" umkehrte, auch wenn immer Teile der Armee im Grenzraum und im Mittelland verblieben. Mit den sogenannten Truppentagebüchern steht uns ein Quellenbestand zur Verfügung, der es erlaubt, die Stimmung innerhalb der Armee zu beleuchten. Wie wurde der Entscheid des Armeekommandos zum Réduit aufgenommen? Wurde der Bezug des Réduit im Juli und August 1940 durch die beteiligten Truppen als eine Zäsur wahrgenommen, wie es die spätere Verfestigung zum Mythos vermuten lässt? Sind auch kritische Meinungen zu finden? Wurde insbesondere der Punkt thematisiert, dass sich das Gros der Schweizer Bevölkerung nun gleichsam schutzlos vor der Hauptkampfstellung der Armee befand? Anhand dieser Fragen wurde eine erste Stichprobe von Truppentagebüchern ausgewertet. Es soll damit im Nahtbereich allgemein-, operations- und alltagsgeschichtlicher Forschungsstränge eine Differenzierungs- und Überprüfungsleistung erbracht werden. Dies ist vor dem Hintergrund des traditionellen Bildes der Ereignisse des Sommers 1940 in der Schweiz zu sehen. In der traditionellen Historiographie findet sich die Darstellung, dass die Schweiz im Sommer 1940 von einer politischen Krise heimgesucht worden sei, in

der der Bundesrat mit seiner ungeschickten Rede vom 25. Juni 1940 das Heft aus der Hand gegeben habe. Je nach Darstellung wird mehr oder weniger betont, wie General Guisan mit dem "Rütli-Rapport" vom 25. Juli 1940 das klare Signal zum Widerstand gegeben habe und damit gleichsam zum heimlichen, achten Bundesrat aufgerückt sei. Das Réduit allein habe schliesslich den Widerstand ermöglicht.

Um den Transformationsprozess erfassen zu können, wurden die Truppentagebücher jeweils für den Zeitbereich zwischen 15. April (also noch vor Beginn des "Westfeldzuges") und 15. August 1940 (als der Bezug der neuen Einsatzräume für die erste Fassung der Réduitkonzeption im wesentlichen abgeschlossen war) durchgesehen. Es wurde damit der Versuch unternommen, auch die Resonanz zu erfassen, die die Ereignisse des "Westfeldzuges" und die Reaktionen der offiziellen Schweiz (Bundesrats-Rede, "Rütli-Rapport") bei der Truppe fanden.

Die Truppentagebücher haben den Vorteil, dass sie unmittelbar aus dem Erleben der Zeit heraus geschrieben wurden und nicht wie so viele militärische Erinnerungsschriften oder Memoiren eigentlich eine Interpretation ex post beinhalten. Mit insgesamt 167 Laufmetern ist der Bestand umfangreich und durch seinen Entstehungszusammenhang homogen. Da keine Sammlungen von Feldpostbriefen bestehen, stellen die Truppentagebücher für die "Militärgeschichte von unten" der Schweiz einen zentralen Quellenbestand dar, der es erlaubt, puzzleteilartige Einzelmeinungen von Zeitzeugen in Richtung eines Gesamtbildes der Haltung der Soldaten wesentlich zu verdichten. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Truppentagebücher nicht dem Typus eines "Journal intime" zuzuordnen sind, da sie gestützt auf einen Artikel des Dienstreglementes der Schweizer Armee geführt werden mussten. Damit sind sie

keine Besonderheit der Kriegszeiten. Nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg mussten die Truppentagebücher abgegeben werden, während die Tagebücher aus den Ausbildungsdiensten im Besitz der zuständigen Milizkommandanten blieben. Es ist offen, inwieweit es den Verfassern während des Zweiten Weltkrieges aufgrund der Erfahrung des Ersten Weltkrieges bewusst war, dass diese Tagebücher später abgegeben werden würden. Gemäss den Vorschriften sollten sie in Stäben und Einheiten aller Stufen geführt werden und Auskunft über Standort und Tätigkeit der Truppe sowie besondere Vorkommnisse geben. Die dazu zu verwendenden Hefte gaben keine Struktur vor. Diese offenen Vorgaben wurden auf sehr unterschiedliche Weise umgesetzt. Im arbeitsteiligen Prozess ab Stufe Bataillon sind persönlich reflektierende Einträge eher selten, da das Tagebuch in der Regel vom Adjutanten oder Nachrichtenoffizier des Truppenkörpers meist tabellarisch geführt wurde und nur wenige Kommandanten die Spalte "Bemerkungen des Kommandanten" benützten. Auf der untersten fassbaren Stufe, der Kompanie, sind die Formen vielfältiger. Einige Tagebücher enthalten nur die maschinenschriftlichen Tagesprogramme, andere sind mit handschriftlichen Bemerkungen aus der Feder eines Offiziers (Zugführer oder Kompaniekommandant) ergänzt. Hier öffnet sich das Feld für persönliche Einschätzungen der Stimmung in der Truppe oder persönliche Gedanken. Eine Vielfalt von Meinungen, Haltungen und Stellungen innerhalb der sozialen Grossgruppe "Militär" zeigt sich dabei ebenso wie die unterschiedlichen Schwergewichte, die von den verantwortlichen Offizieren gelegt wurden. Zu berücksichtigen bleibt, dass alle Tagebücher aus der Optik des Offiziers verfasst sind und also die Haltung der Truppe nur durch diesen Filter zu erfassen ist. Es zeigt sich deutlich, dass mit zunehmender Hierarchiestufe die Stimmung der Truppe nicht mehr Thema der Reflexion, sondern der Be-

fehlsgebung war. Zudem wurden die Tagebücher zumindest in einzelnen Truppenkörpern von Vorgesetzten durchgesehen, was deren Visum belegt.

Die Fülle des Bestandes zwang zu einer ersten Vorauswahl, die insgesamt Tagebücher von 32 Einheiten sowie Tagebücher von 14 Stäben der Stufe Bataillon und Regiment umfasste. Es wurden dabei Truppen aus der deutschen wie aus der französischen Schweiz berücksichtigt. Die gewählten Infanterieverbände rekrutieren sich aus sehr eng begrenzten Gebieten. Deshalb wurde darauf geachtet, dass Einheiten aus Berggebieten ebenso vertreten waren wie Einheiten aus dem Mittelland. Das Schwergewicht wurde auf Einheiten gelegt, denen im Rahmen der Réduit-Konzeption im Sommer 1940 eine Aufgabe in der neuen Hauptkampfstellung in den Bergen zugewiesen wurden, weil diese den Wechsel vom Mittelland in die Alpen unmittelbar erlebten.

Der Aktivdienst der untersuchten Verbände vor dem Mai 1940 war grösstenteils von Dienstmüdigkeit und Schlendrian im militärischen Alltag gekennzeichnet. Zumeist waren die Truppen seit der Mobilmachung mit dem Bau von Panzerhindernissen und Feldbefestigungen beschäftigt. Der daraus resultierende Trott schlug sich oft negativ auf die Verfassung der Soldaten nieder. Oft wurde von den Offizieren die Haltung der einfachen Soldaten bemängelt, die sich "wie Bauarbeiter eines Zivilunternehmens und nicht wie Füsiliere" benahmen. Die Kriegsbereitschaft der Armee insgesamt wurde von der Truppe unterschiedlich beurteilt, von ungetrübtem Vertrauen in die eigene Arbeit und auf die eigene Schlagkraft kann sicher nicht die Rede sein. Der "Westfeldzug" vom Mai 1940 rüttelte die Soldaten für kurze Zeit aus dieser Lethargie auf. Vor allem das Schicksal der neutralen Kleinstaaten Belgien und Niederlande erschreckte die Truppe. Die

internationale Lage wurde in den ersten Tagen nach dem 10. Mai meist als bedrohlich beurteilt. Wertungen wie zum Beispiel Mitgefühl mit den Alliierten oder Wut auf "die Deutschen" kamen aber nur sehr selten zum Ausdruck. Manche Tagebücher enthalten sich auch noch des kleinsten Kommentars. Diese Indifferenz zu aussenpolitischen und kriegerischen Vorgängen in Europa äusserte sich zum Teil erstaunlich frappant. Wichtig war der Zustand der eigenen Unterkünfte, die Qualität der Verpflegung, der regelmässige Ausflug in die Dörfer und deren Wirtshäuser, kurzum die eigene beschränkte Welt des soldatischen Alltages. Zudem muss festgehalten werden, dass das Gefühl der Bedrohung bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn im Westen wieder stark nachließ. Bezüglich der Moral in der Truppe während dieser schwierigen Zeit im Mai 1940 bzw. der Selbsteinschätzung des eigenen Könnens traten zwei divergierende Ansichten auf. Bei einigen Einheiten ist eine "Wir sind bereit"-Stimmung fassbar, die geistige Verfassung der Truppe war demzufolge ernst, aber ruhig. Einzelne Einheitskommandanten sprachen selbstsicher von ihrer persönlichen Kriegsbereitschaft, man scheint gefasst auf den Gegner gewartet zu haben. Andere Einheiten fühlten sich im Hinblick auf den bewaffneten Konflikt weniger sicher, Nervosität ist dabei mancherorts fassbar. In einigen Einheiten wurde offen von ungenügender Vorbereitung für den Verteidigungsfall gesprochen, der Wert der gebauten Befestigungen angezweifelt. Bei den französischsprachigen Truppen, die aus neutralitätspolitischen Gründen erst nach Beginn des "Westfeldzuges" in die Deutschschweiz verlegt wurden, machte sich verstärkt Verunsicherung bemerkbar. Andere Truppenteile, die an wichtigen Verkehrsachsen stationiert waren, vermerkten in ihren Tagebüchern die in der Literatur oft erwähnten Fluchtbewegungen von Teilen der Zivilbevölkerung in die Zentralschweiz und nach Graubünden. Die in ihren

Heimatkörfen verbleibenden Zivilpersonen verhielten sich auferdem nicht immer einsichtig, wenn es darum ging, Land für den Bau von Stellungen zu Verfügung zu stellen. Hier zeigt sich eine Diskrepanz zwischen Bedrohungswahrnehmung, wie sie bei der Truppe fassbar ist, und Willen zur Tat bei der Zivilbevölkerung. Verschiedentlich wurde denn auch in den Aufzeichnungen die Moral der Zivilbevölkerung bemängelt. Dies schien sich aber nicht auf die Stimmung der Truppe auszuwirken. Der Waffenstillstand vom 25. Juni 1940 wurde in vielen Einheiten tatsächlich mit Schrecken zur Kenntnis genommen, vereinzelt wird gar von einem Schock gesprochen, auch wenn die Niederlage Frankreichs in einigen Tagebüchern bereits ab Mitte Juni als absehbar bezeichnet wurde. Das Bedrohungsempfinden der Schweizer Truppen verflüchtigte sich in den Tagen und Wochen nach dem Waffenstillstand fast vollständig. Der Krieg schien vorbei zu sein und die Bedrohung für die Schweiz damit ebenfalls. Dies scheint aufgrund des heutigen Kenntnisstandes der Angriffsvorbereitungen Deutschlands während des Sommers 1940 besonders bemerkenswert. Die oben erwähnte Rede des Bundespräsidenten Pilet-Golaz wurde in der Truppe kaum, und wenn, dann meist ohne Wertung rezipiert. Man stimmte also weder der Kernaussage der Rede zu (Forderung nach Anpassung der Schweiz an die veränderten Verhältnisse in Europa), noch kam es irgendwo zu einer Ablehnung der (später) als anpasserisch und deutschfreundlich beurteilten Rede. Von einer de facto Abdankung des Gesamtbundesrates zugunsten General Guisans kann aufgrund der Tagebücher keine Rede sein. Zentral erschien der Truppe eine andere Aussage der bundesrätlichen Rede, nämlich der Hinweis auf eine kommende Demobilmachung. Hier trat offenbar eine klassisch utilitaristische Rezeption des einfachen Soldaten ein: Das einzige Interesse galt einer möglichen bevor-

stehenden Entlassung. Dabei kam es zu einem rollentypischen Unterschied in der Wahrnehmung zwischen Soldaten und Offizieren, denn Letztere erachteten die angekündigte Demobilmachung meist als verfrüht. Im Gegensatz zur Mannschaft war im Offizierkorps offenbar die Meinung vorherrschend, dass man weiterhin wachsam bleiben müsse, in diesem Sinne wurde auch die Truppe zum Durchhalten aufgerufen. Eine gewisse Zustimmung seitens der Offiziere zu einer Teildemobilisierung erfolgte höchstens in Erwägung wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Der Armeerapport auf der mythenumwobenen Rütli-Wiese (General Guisan hatte die "Wiege der Eidgenossenschaft" geschickt als Ort der Durchführung gewählt), an welchem den höheren Offizieren der Réduitentschluss mitgeteilt wurde, war bei der Truppe kein Thema. Selbst das Bataillon, welches die Zusammenkunft vor Ort bewachte, verzeichnete im Tagebuch des Stabes nur den Verlauf des Rapports, wenigstens mit Erwähnung der Grundaussage desselben. Kontroverse Diskussionen oder eine spezielle Würdigung des Rapports sind nirgends erkennbar. Wenn überhaupt, wurde der "Rütli-Rapport" in den Aufzeichnungen der Stäbe erwähnt. Da sich einzelne Einheiten am Tag des Rapports bereits auf tagelangen Märschen ins Landesinnere befanden, verwundert die inexistente Rezeption desselben nicht weiter. Die Truppe war meist durch Alltagsprobleme absorbiert, für eine Beurteilung der militärischen Grosswetterlage blieb keine Zeit mehr. Als eine Art militärischer Zäsur wurde dafür in vielen Einheiten der Bezug des Réduits eingeschätzt. In der Rezeption der Verschiebung von Teilen der Armee in die Schweizer Alpen lassen sich dabei drei Hauptströmungen erkennen. Etwas mehr als ein Drittel der untersuchten Einheiten nahm den Ortswechsel vom Mittelland in die Berge kommentarlos auf oder bewertete ihn wie jede militärische Verschiebung. Sinn oder Unsinn dieser "Dislokation" wurden offenbar

nicht reflektiert. Ein weiterer grosser Teil der Tagebücher ist geprägt durch die unmittelbare Wahrnehmung der Berge als neues Umfeld des Militärdienstes. Dabei wurde in einzelnen Truppen das alpine Gelände als starker militärischer "Verbündeter" aufgefasst, der die Verteidigung wesentlich erleichtern würde. Andere Einheiten wiederum betrachteten das Gelände mit einer Art "Berglerromantik", wie sie im folgenden Eintrag bei einer Gebirgsfüsilierkompanie greifbar ist: "Meine Kp [Kompanie], die sonst eigentlich wenig singt, begann im Anblick der Berner Alpen & des uns zu Füßen liegenden Emmentales spontan an, alte Heimat- & Soldatenlieder zu singen." Die kräftige Natur und die trutzigen Berggipfel schienen die Soldaten zu beseelen, eine militärische Beurteilung des Réduitentschlusses fand allerdings nicht statt. Diese erfolgte bei einem kleineren Teil der untersuchten Kompanien und Bataillone. In zwei Bataillonsstäben wurde das Einigeln in den Alpen heftig kritisiert. Im Stab eines Zürcher Bataillons wurde die neue Situation heftig diskutiert: "Wir neigen zu der Ansicht, dass die Armeestellung reichlich weit zurückliegt. Der Willen zur Verteidigung ist bestimmt an der Grenze am grössten. Zudem dürfte es in unseren Bergen ein gelindes Durcheinander geben von evakuierter Zivilbevölkerung und Truppen. Das aber ist auf keinen Fall eine vorteilhafte Mischung." Von einem anderen Stab wurden die bereits wieder anlaufenden Schanzarbeiten in den Bergen spöttisch wie folgt kommentiert: "Wenn der Mensch zu blöd geworden ist, um das Leben selbst zu erleben, liest er Romane, wenn er zum Kampfe untauglich geworden ist, baut er Festungen!" Nur gerade im Tagebuch des Stabes eines Zürcher Gebirgsschützenbataillons findet sich eine eindeutig positive Stellungnahme zum Réduit als militärischem Konzept, die ins klassische Bild passt: "Rekognoszierung [...] im neuen Abschnitt. Details: ge-

heim. Resultat: Die Schweiz kann sich verteidigen!"

Zusammenfassend lässt sich einmal grundsätzlich festhalten, dass die Truppentagebücher einen wertvollen Quellenbestand für die "Militärgeschichte von unten" der Schweiz darstellen, der weiterer Bearbeitung harret.

Im Zusammenhang mit der Fragestellung des vorliegenden Artikels wird aus den Truppentagebüchern deutlich, dass die Milizsoldaten viel mehr durch Alltagsprobleme als durch die politische oder wo möglich militärische Grosswetterlage bewegt wurden. Aus dem Kampf gegen die "Dienstmüdigkeit" wird ein Graben zwischen Mannschaften und Offizieren fassbar. Die Krisenzeit des Sommers 1940 führte nicht zu einer Erosion der rollentypischen Wahrnehmungen. Der "Rütli-Rapport" dominierte die Stimmung bei der Truppe nie in dem Mass, wie es die spätere Historiographie teilweise glauben machen könnte. Da im Juli 1940 die Bedrohungssituation gegenüber der Aussicht auf baldige Entlassung fast völlig in den Hintergrund trat, verwundert es nicht, dass weder dem "Rütli-Rapport" noch dem Bezug des Réduits unmittelbar die Bedeutung zugeschrieben wurden, die diese Ereignisse später erhielten. Dazu trugen auch die Verschleierungsbestrebungen der Armeeführung das ihrige bei, so dass das Réduit im Sommer 1940 weder gegen innen noch gegen aussen die dissuasive Wirkung entfalten konnte, die später wichtiger Bestandteil des Mythos wurde. Festzuhalten ist damit, dass der Réduitmythos nicht unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse, sondern erst nach 1940 entstand.

Wurzeln der späteren mythischen Überhöhung sind allerdings im untersuchten Zeitraum auch in den Truppentagebüchern bereits erkennbar: Erstens schlägt sich jedes Zusammentreffen der Truppe mit der Person Henri Guisans in langen, pathetisch angehauchten Einträgen nieder, in denen der General als charismati-

scher Pater patriae erscheint. Zweitens ist die (durchaus traditionelle) Verklärung der Bergwelt durch die Truppe als weiteres wichtiges Element erkennbar.

Literatur:

Grundlegend zur Rolle der Schweizer Armee im Zweiten Weltkrieg:

Senn, Hans, Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges, der Schweizerische Generalstab, Band 7, Basel 1995

Die wissenschaftliche Standardbiographie zu General Guisan hat Gautschi vorgelegt:

Gautschi, Willi, General Henri Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg. Zürich 1989

Zur Historiographie:

Jaun, Rudolf, Die militärische Landesverteidigung 1939-1945, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 47, 1997, Nr. 4, S. 644-661

Zur Wahrnehmung der Ereignisse durch die Bevölkerung:

Lasserre, André, Schweiz: Die dunkeln Jahre. Öffentliche Meinung 1939-1945, Zürich 1992.

Die Truppentagebücher bilden den Bestand E 5790 im schweizerischen Bundesarchiv in Bern.

Lic.phil. Dieter Wicki, cand.phil. Michael Olsansky

Dozentur Militärgeschichte, Militärische Führungsschule an der ETH Zürich, Steinacherstrasse 101b, CH-8804 Au, dieter.wicki@mfs.ethz.ch

"Inter arma caritas" - Rotes Kreuz, Erster Weltkrieg und Kriegsgeschichte

von Uta Hinz

Unter dem Titel "inter arma caritas" beschrieb Romain Rolland im Oktober 1914 als einer der Ersten die humanitäre Tätigkeit des Internationalen Roten Kreuzes in Genf für die Opfer des

Weltkrieges¹. Rolland, bekanntlich einer der ganz wenigen Intellektuellen, die sich um eine Beilegung des gesamteuropäischen "Krieges der Geister" bemühten, war nicht nur von der absoluten Notwendigkeit, sondern auch von der langfristigen, den Hass des Krieges abmildernden Bedeutung dieser Arbeit so überzeugt, dass er sich 1915 persönlich beim Roten Kreuz in Genf engagierte. Als ihm 1915 der Nobelpreis für Literatur verliehen wurde, stellte er die damit verbundene Geldsumme dem Roten Kreuz zur Verfügung. Auch der mit Romain Rolland befreundete Stefan Zweig widmete dem Einsatz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) eine 1918 - sowohl auf deutsch als auch auf französisch veröffentlichte - Schrift unter dem Titel "Das Herz Europas". Seine während eines Besuches der Internationalen Gefangenenhilfe des IKRK im Genfer Musée Rath gesammelten Eindrücke fasste er darin wie folgt zusammen:

"Mögen andere die Schlachten schildern, Feldherren bejubeln, Kaiser und Herzöge rühmen - ich habe nichts gesehen in diesem Kriege, was mir wichtiger schiene, zu schildern, würdiger, erhoben zu werden, als das kleine Haus auf der Place Neuve in Genf, das ehemalige Musée Rath."²

Stefan Zweigs Stellungnahme von 1917 und seine daraus abgeleiteten Forderungen hinsichtlich der internationalen Anerkennung des Roten Kreuzes bilden den Ausgangspunkt der vorliegenden Skizze zum Problemkomplex Krieg, humanitärer Intervention und Kriegsbeschränkung. Denn die von ihm angesprochenen Punkte weisen in doppelter Hinsicht über den unmittelbaren Zeitkontext des Ersten Weltkrieges hinaus. Dies gilt sowohl für seine

¹ Romain Rolland, Inter arma caritas [Journal de Genève, 30.10.1914], abgedruckt in: ders., Au-dessus de la mêlée, Paris 1915, S. 57-71.

² Stefan Zweig, Das Herz Europas. Ein Besuch im Genfer Roten Kreuz, Zürich 1918, S. 3.

Gedanken über den Status des Roten Kreuzes als Akteur der modernen Kriegsgeschichte als auch hinsichtlich seiner Forderung an die historische Auseinandersetzung mit dieser Institution. Denn was Zweig 1918 forderte war einerseits die Anerkennung des Roten Kreuzes als nicht-gouvernementale politisch-rechtliche Institution, andererseits ihre angemessene historische Würdigung.

Die düsterste Prognose Zweigs zum zeitgenössischen und möglichen zukünftigen Status des Roten Kreuzes sollte sich nicht bestätigen: seine Befürchtung nämlich, dass die humanitäre Arbeit des Roten Kreuzes im ersten globalen Konflikt wie nach früheren Kriegen bald der Vergessenheit anheim fallen könnte.³ Das Problem der Anerkennung des IKRK während und nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich kaum in der von Zweig formulierten Hinsicht. Dessen Tätigkeit zwischen den Fronten und zugunsten unterschiedlichster Gruppen von Kriegsoffizieren wurde durchaus gewürdigt und erinnert. Gerade durch die immense Ausdehnung seiner Hilfstätigkeit seit 1914 erfuhr das IKRK während und nach dem Krieg Zustimmung und Achtung. Aus dem im Oktober 1863 ins Leben gerufenen Komitee Genfer Honorationen war nicht zuletzt durch den "Großen Krieg" eine international *moralisch* anerkannte Einrichtung geworden. Symptomatisch für diese Form der Anerkennung ist die Tatsache, dass das IKRK 1917 den einzigen im Weltkrieg überhaupt vergebenen Friedensnobelpreis erhielt.

Begründet war diese Entwicklung insbesondere durch die Expansion seiner Tätigkeitsfelder, die nur auf der Basis einer enormen Ausdehnung und Ausdifferenzierung staatlich übergreifender organisatorischer Strukturen möglich war. Obgleich ihm ein offizielles Mandat sowie die diplomatische Anerkennung der Kriegführenden fehlte, versuchte das IKRK die menschlichen Katastrophen des Krieges zu

mildern und dabei entlang der Grenzen völkerrechtlicher Abkommen seinen Einfluss- und Handlungsbereich auszubauen. Am einfachsten gestaltete sich dies im Fall der kriegsgefangenen und insbesondere der verwundeten Soldaten. Hier bestanden in Genfer Konvention und Haager Landkriegsordnung rechtliche Abkommen zwischen den kriegführenden Mächten. Durch deren Bestimmungen war eine Basis für Hilfsmaßnahmen zugunsten dieser Gruppen einigermaßen abgesichert - und das Interesse an einer rein humanitären Tätigkeit auf Seiten aller Kriegsparteien am größten. Nur auf dieser Basis ließen sich aber die verschiedenen - stets auf freiwillige Kooperation der nationalen militärischen Stellen angewiesenen - Hilfsprojekte praktisch umsetzen: so z.B. die Weiterleitung von Postsendungen und Hilfslieferungen an Kriegsgefangene, Austausch bzw. Internierung verwundeter und invalider Gefangener in neutralen Staaten und insbesondere die dazu nötige Recherche- und Auskunftstätigkeit über kriegsgefangene und vermisste Personen. Hier entstand eine arbeitsteilige Kooperation, insbesondere mit den nationalen Rot Kreuz Gesellschaften in Dänemark und Schweden. Die Expansion solcher Hilfstätigkeiten zeigt sich am deutlichsten anhand der Entwicklung der Gefangenenhilfe (AIPG) im Genfer Musée Rath: Waren dort bei Kriegsbeginn eine Handvoll Helfer tätig, so arbeiteten 1917 1.200 zumeist freiwillige Helfer bei der Bearbeitung der einlaufenden Anfragen Angehöriger (Tausende von Briefen täglich), der Recherchen nach Vermissten und der ständigen Aktualisierung der riesigen Registraturkartothek. Die Dimensionen dieser im Krieg aufgebauten Kartei sind noch heute zu besichtigen: im Genfer Museum des Internationalen Roten Kreuzes, wo die durch die "Agence" angelegte Kartei über Kriegsgefangene und vermisste Zivilpersonen heute einen ganzen Ausstellungssaal füllt.

³ Ebd., S. 4.

Eine reine Erfolgsgeschichte war die humanitäre Tätigkeit des IKRK und seiner Partner bis 1918 dennoch nicht. Schwieriger als die Arbeit für Kriegsgefangene und vermisste Militärangehörige waren Hilfsleistungen für die - in keiner Vorkriegskonvention ausreichend geschützten - zivilen Opfer des Krieges. Auch hier setzte sich das IKRK mittels der Arbeit der AIPG praktisch ein. Durch verschiedene Initiativen bei den kriegführenden Mächten versuchte es darüber hinaus, zumindest bilaterale Abkommen zum Schutz von Zivilgefangenen zu erreichen. Es scheiterte damit aber ebenso wie mit dem Versuch, grundlegende Regelungen, wie einen umfassenden Gefangenen austausch, oder gar einen Verzicht auf die gefürchteten "Repressalien" zu erreichen. Genau hier verlief die Grenze humanitärer Intervention und hier lag das Kernproblem internationaler Anerkennung: Wie in den Konventionen der Vorkriegszeit explizit formuliert, war Humanität im Krieg bei Militärs und nationalen Regierungen nur dort akzeptiert und genehm, wo sie nicht mit den Interessen der Kriegführung kollidierte. Wo die Tätigkeit des IKRK dienlich war, wurde sie zum eigenen Interesse genutzt - wo sie unbequem war (besonders bei den Initiativen zum Austausch gesunder Gefangener oder der Repressalienpraxis), verwiesen politische und militärische Stellen auf das fehlende Mandat des IKRK. Es zeigte sich so 1914-1918 praktisch, was seit der Gründung des Roten Kreuzes Pazifisten immer wieder als Einwand gegen den Versuch einer "Domestizierung" des Krieges formuliert hatten (und was letztlich bis heute als unlösbarer, weil immanenter Widerspruch der Tätigkeit des Roten Kreuzes in Kriegen erscheint): die "Humanisierung" oder "Zivilisierung" des Krieges, so das Argument, sei ein Widerspruch in sich selbst. Die auf Kooperation angewiesene humanitäre Intervention sei dazu verdammt, als zahnloser Tiger die unvermeidlichen Opfer des Krieges humanitär zu "entsorgen". So unterstütze man

in dem Versuch, die Härten des Krieges zu mildern - in ungewollter Konsequenz - letztlich gar die Führbarkeit von Kriegen.

In dieser Hinsicht, bei der Abmilderung von Kriegsfolgen, blieb auch nach dem Waffenstillstand 1918 erheblicher Tätigkeitsbedarf für das Rote Kreuz. So arbeitete es z.B. in Kooperation mit dem Völkerbund an der Heimführung Kriegsgefangener und nicht zuletzt daran, die menschlichen Folgekatastrophen des Krieges in Osteuropa einzudämmen: Hungerkatastrophen und Seuchen zu bekämpfen oder Ströme von Kriegsflüchtlingen zu versorgen. Das IKRK, nationale Rotkreuzorganisationen (insbesondere das Amerikanische Rote Kreuz) sowie die neu gegründete internationale Liga der Rotkreuzgesellschaften waren zu diesem Zeitpunkt wichtige Akteure einer bis heute noch zu wenig erforschten europäischen Nachkriegsgeschichte.⁴

Kehren wir zurück zu Stefan Zweig. 1918 kritisierte er in seiner Schrift bereits genau jene bloß moralische Anerkennung (und zweckdienliche Ausnutzung) humanitärer Kriegshilfe, welche auch weiterhin zentrales Problem der "Zivilisierung" des Krieges im Zeitalter der Nationalstaaten war und blieb. Er forderte, die internationale Bewegung des Roten Kreuzes gleichermaßen als quasi diplomatische Institution und autonomen Verhandlungspartner innerhalb internationaler Beziehungen in Krieg und Frieden anzuerkennen. Die Beschlüsse der regelmäßig tagenden internationalen Rotkreuzkonferenzen vor dem Krieg hätten sich schließlich im Weltkrieg als so wichtig erwiesen wie "...wenige Beschlüsse in der Geschichte der

⁴ Eine sehr knappe Darstellung findet sich hierzu bei Dieter Riesenberger, Für Humanität in Krieg und Frieden. Das Internationale Rote Kreuz 1863-1977, Göttingen 1992, S. 96-114 und S. 115-126.

Menschheit"⁵. Bezüglich der Realisierbarkeit einer solchen Rolle des Roten Kreuzes bei der Implementierung und praktischen Durchsetzung eines humanitären Kriegsvölkerrechts zeigte Zweig sich allerdings zu Recht skeptisch.

Trotz dieser berechtigten zeitgenössischen Skepsis stellt sich in historischer Perspektive die Frage, ob Rotkreuzbewegungen und IKRK tatsächlich nur machtlose Hilfskolonne der Kriegführenden waren. Sicherlich war das Rote Kreuz nicht nur im Ersten Weltkrieg auf die (begrenzte) Kooperationsbereitschaft nationaler Regierungen und des machtvollen Militärs angewiesen und von dieser abhängig. Immerhin war es jedoch zugleich seit 1863 Initiator eines humanitären "Genfer" Rechts, das schon vor 1914 das an militärischem Brauch orientierte Haager Kriegsrecht zumindest ergänzt und den Schutz von Kriegsoptionen verbessert hatte. Gerade in der Zeit eines auch medial reproduzierten Krieges erwuchs zudem aus der erarbeiteten internationalen Anerkennung sukzessive ein neuer Machtfaktor: Durch die im Verlauf des Weltkriegs noch gestiegene Autorität des IKRK in der internationalen (zumal der neutralen) Öffentlichkeit wurde es zunehmend schwerer, die nunmehr etablierte Institution zu ignorieren. Unter dem Schock zuvor ungekannter kriegsgerichtlicher Brutalität und Zerstörung war nach dem Ersten Weltkrieg das politische Klima für weitergehende Verbesserungen des Kriegsrechtes zunächst auch günstig. Und so konnte das Internationale Rote Kreuz an seine initiale Funktion beim Ausbau und der Verbesserung der Kriegsvölkerrechts anknüpfen. Erfolgreich setzte es sich in den 20er Jahren für ein Verbot chemischer Waffen ein. Auch die neuen Genfer Konventionen von 1929 basierten (wie ihre Vorgänger) weitgehend auf Entwürfen, welche die Institutionen des Roten

Kreuzes erarbeitet hatten. Zwar kam es dort - entgegen den Wünschen des Roten Kreuzes - nicht zu einer Regelung für einen verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und zugleich blieb das vor dem Krieg übliche nationale Prozedere: Die in Genf tagende Konferenz der Regierungsvertreter fand auf offizielle Einladung der Schweizer Regierung statt. Immerhin erreichten die Genfer Konventionen von 1929 aber eine wesentliche Verbesserung der Vorkriegsstandards und einen erheblichen Ausbau der Schutzbestimmungen für die militärischen Opfer des Krieges: Verwundete und Kriegsgefangene. Erneut wurden, ausgehend von der Initiative des Roten Kreuzes, Normen gesetzt, diesem nun nach erstmals offiziell ein Mandat bei der humanitären Kriegshilfe zuerkannt. 47 Staaten unterzeichneten bereits 1929 die Konventionen, welche unabhängig von alten "Si omnes Klauseln" für jeden Unterzeichner in jedem Krieg Verbindlichkeit besaßen. Als einzige Institution arbeitete das Rote Kreuz auf seinen Konferenzen in Tokio (1934) sowie London (1938) gleichfalls in der drängenden Frage des Schutzes von Zivilisten im Krieg weiter: Eine Vorlage zur Weiterleitung an die Schweizer Regierung war zu Beginn des Zweiten Weltkrieges fertig, die Einladung für eine weitere Konferenz sollte für das Jahr 1940 ausgesprochen werden. Dass das IKRK nach 1939 (trotz erstmals formeller Anerkennung in den Genfer Abkommen) erneut zum zahnlosen Tiger degradiert wurde, dem bestenfalls humanitäre Appelle und bis heute umstrittene Kompromisse bei der Kontrolle kodifizierter Grundsätze des humanitären Völkerrechts blieben, ist bekannt und kaum zu bestreiten. Dies lag aber weit weniger an den hier skizzierten nach wie vor bestehenden Beschränkungen der nichtstaatlichen humanitären Intervention, sondern an der menschenverachtenden und jegliches Recht ignorierenden

⁵ Zweig, Herz, S. 5.

Vernichtungspolitik Deutschlands. Die gewachsene Bedeutung des Internationalen Roten Kreuzes und seiner Organisationen als historischer Akteur im Krieg sowie als Triebkraft in der Entwicklung eines humanitären Kriegsvölkerrechts zwischen den 1860er und 1930er Jahren lässt sich trotz dieser Entwicklung insgesamt nicht in Zweifel ziehen. Mit diesem Fazit ist bereits der Bogen zum zweiten, eingangs angesprochenen Problembereich geschlagen: der Frage nach der historiographischen Würdigung des Roten Kreuzes. Zweigs einfürend zitierter Appell, die Geschichte des Roten Kreuzes und seiner humanitären Intervention einer Kriegsgeschichte der Schlachten und Feldherrn gegenüber zu stellen, bleibt in historiographischer Perspektive gleich doppelt aktuell.

Erstens im Hinblick auf die Geschichte des Ersten Weltkrieges. Ein Blick auf die heute so ausdifferenzierte Historiographie zu diesem Forschungsgegenstand zeigt, wie wenig selbst in der aktuellen Forschung das Internationale Rote Kreuz als wichtiger Akteur der Kriegs- und Nachkriegszeit thematisiert wird. Es scheint so, als habe die zu Recht nachgewiesene Nationalisierung und Militarisierung nationaler Rotkreuzgesellschaften⁶ die moderne Kriegsgeschichtsschreibung das Wirken der internationalen Institution vergessen lassen.

⁶ Vgl. dazu z.B. John F. Hutchinson, *Champions of Charity. War and the Rise of the Red Cross*, Boulder, Col., 1996.

Hinweise auf Entwicklung und Tätigkeit des IKRK in und nach diesem Krieg bleiben auf (Übersichts-) Publikationen des Roten Kreuzes selbst beschränkt. Die Erforschung der Geschichte des Roten Kreuzes erfolgt somit noch immer überwiegend getrennt von der aktuellen Kriegsgeschichtsschreibung. Sehr wenige Arbeiten behandeln Entwicklung, Wirken und Bedeutung des Roten Kreuzes und konzentrieren sich dabei stark auf einzelne Tätigkeitsfelder - wie den Bereich der Kriegsgefangenenhilfe.⁷ Für den Bereich der verschiedenen Gruppen ziviler Kriegsoptionen gäbe es dagegen noch viel zu erforschen. Nicht umsonst subsumierte die französische Historikerin Annette Becker diese unter die "*oubliés de la Grande Guerre*" (Vergessene des Großen Krieges). Dies ist um so bedauerlicher, als dass viele Dokumente des IKRK bereits im Krieg publiziert wurden und seit mehreren Jahren auch das Archiv des IKRK Genf der wissenschaftlichen Forschung zugänglich ist.⁸

Zweitens bleibt über den Gegenstand Erster Weltkrieg hinaus die Geschichte des Internationalen Roten Kreuzes als Motor bei der Konstituierung eines humanitären Kriegsvölkerrechts nach wie vor ein zu wenig beachtetes Forschungsfeld: Auch die modernste Kriegsgeschichte verweigert sich noch weitgehend dem Spannungsverhältnis zwischen der Totalisierung des Krieges und historischen Ansätzen einer rechtlich-humanitären Kriegsbegrenzung. Das Manko,

welches für diese Thematik ganz allgemein gilt (erinnert sei nur daran, dass Jost Dülffers Buch über die Haager Konferenzen seit zwanzig Jahren einsam blieb⁹), gilt auch für die Erforschung des wohl wichtigsten nicht-gouvernementalen Akteurs bei der Kodifizierung des modernen Kriegsvölkerrechts. Kriegsrecht und Völkerrecht bleibt bislang Sache der Juristen. Die - noch zu analysierende - Beziehung zwischen versuchter Kriegsbegrenzung und der zeitgleich stattfindenden Ausdehnung der Kriegführung im 19. und 20. Jahrhundert bleibt so außen vor. Es bleibt also abschließend polemisch und aufmunternd zugleich zu fragen, ob eine moderne Kriegsgeschichtsschreibung, die längst nicht mehr "Schlachten schildert" oder gar "Feldherren bejubelt", ein solches Versäumnis auf sich sitzen lassen will und kann.

Dr. Uta Hinz, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Historisches Seminar II, E-Mail: hinz@phil-fak.uni-duesseldorf.de

Wissenschaftliche Projekte

Soziale Rekrutierung, militärische Sozialisation und gesellschaftliches Selbstbild des bayerischen Offizierkorps (1804–1866) (Dissertation)

von Gundula Gahlen

Die bayerische Heeresreform von 1804 stand im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Neugestaltung des modernen bayerischen Staates, der erst durch den

⁷ So z.B. insbesondere in dem Buch von Annette Becker, *Humanitaire et culture de guerre 1914-1918. Populations occupées, déportés civils. prisonniers de guerre*. Paris, 1998. Desgleichen: Odon Abbal, *Les prisonniers de la Grande Guerre*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains. Revue d'histoire*, 37me année (1987), no. 147, S. 5-30.

⁸ Informationen und Kontaktadressen zu dieser Einrichtung findet man z.B. im Netz unter: <http://www.icrc.org> (auch wenn die Archivabteilung selbst dort noch nicht repräsentiert ist).

⁹ Jost Dülffer, *Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik*, Berlin 1981. Zum Komplex der Kriegsverbrechen allerdings neuerdings der Sammelband von Wolfram Wette/Gerd Uberschär (Hg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2001

Reichsdeputationshauptschluss 1803 aus etwa 80 bisher unabhängigen Herrschaftseinheiten hervorgegangen war. Ein wesentliches Ergebnis dieser Reform war das "Allgemeine Reglement über die Ergänzung der kurfürstlichen Armee". Mit ihm begann in Bayern der Übergang vom stehenden Söldner- zum modernen Wehrpflichtheer. Seitdem entfiel die Werbung von Ausländern. Für den Wehrdienst durften nur noch Landeskinder verpflichtet werden, auch wenn zahlreiche Befreiungsmöglichkeiten bestanden. Entscheidend für die Entwicklung der bayerischen Armee von 1804 bis 1866 war, dass die Außenpolitik des Königreichs Bayern weniger auf einer Politik der militärischen Stärke, als auf diplomatischem Geschick basierte. Den Offizieren wurde über ihre Funktion als Ausbilder und Führer des königlichen Heeres hinaus keine soziale Führungsrolle zugestanden. Der Eintritt in die Offizierlaufbahn war nicht zwingend an enge soziale Selektionskriterien gebunden. Sowohl König Maximilian I. Joseph als auch König Ludwig I. ordneten aufgrund der desolaten Finanzlage während ihrer Regierungszeit im Militärbudget einschneidende Sparmaßnahmen an. Die Folgen waren allgemein sinkende Präsenzstärken und Ausbildungsmängel in den Verbänden, im Hinblick auf das Offizierkorps Überalterung und Beförderungstau. Auch wenn um 1840 ein langsamer, sich über mehrere Jahrzehnte erstreckender Militärreformprozess einsetzte, machte die Niederlage von 1866 die Kriegsuntüchtigkeit der bayerischen Armee offenbar. Sie führte zu der vom neuen bayerischen Kriegsminister, Generalmajor Sigmund Freiherr von Pranck betriebenen Heeresreform, die auch einen "neuen", am preußischen Muster orientierten Offizier nach sich ziehen sollte.

Das hier vorgestellte Dissertationsprojekt zielt darauf ab, die soziale Position und das gesellschaftliche Selbstbild des bayerischen

Offizierkorps von der Heeresreform 1804 bis zum Vorabend des deutschen Krieges von 1866 zu untersuchen. Zur Geschichte des bayerischen Offizierkorps in diesem Zeitraum liegen bisher keine eingehenden Studien vor. Dieser Befund ist in Anbetracht der ausgezeichneten Quellenlage erstaunlich. Das bayerische Kriegsarchiv erlitt keine Kriegsverluste und die Offizierspersonalakten sind fast vollständig erhalten geblieben.

Die Bearbeitung des Themas erstreckt sich auf drei Ebenen: auf die soziale Rekrutierung, die militärische Sozialisation und die Konstruktion von gesellschaftlichen Selbstbildern der militärischen Elite. Drei Leitfragen sollen beantwortet werden:

1. Aus welchen sozialen Schichten kamen die Offiziersanwärter?
2. Welche professionelle Prägung erfuhren die Offiziere beim Militär?
3. Welche Auswirkung hatten diese Prägungen auf ihr gesellschaftliches Selbstbild?

Die drei Bereiche der Untersuchung sind eng miteinander verknüpft: Erst auf der Grundlage eines Gesamtbildes der sozialen Zusammensetzung der Offiziersanwärter und der typischen Merkmale militärischer Sozialisation der Offiziere, in dem sowohl ihre soziale Herkunft und vormilitärische Bildung als auch ihr innermilitärischer Bildungsgang, die vermittelten Normen und Werte und besonders prägende militärische Erlebnisse berücksichtigt werden, kann die eigene Standortbestimmung der Offiziere in der Gesellschaft im untersuchten Zeitraum in seiner ganzen Komplexität erfasst werden.

Im ersten, auf die soziale Rekrutierung des bayerischen Offizierkorps gerichteten Untersuchungsbereich werden mittels einer systematischen Zufallsauswahl für eine repräsentative Anzahl von Offizieren des Bearbeitungszeitraumes ihre Personalakten im Hinblick auf die soziale Herkunft und Bildung der Offiziersanwärter analysiert. Die Ergebnisse werden mit den zeitgenössischen

militärischen Vorstellungen und Diskursen über die Zugangsvoraussetzungen zum Offizierkorps verglichen. So lassen sich Anspruch und Wirklichkeit der sozialen Zusammensetzung des Offiziersnachwuchses abschätzen.

Als zweiter Untersuchungsbereich wird die militärische Sozialisation eruiert. Diese zielt auf die im Prägefild Armee vermittelten Strukturen, Normen, Handlungsmuster und Verhaltensweisen, auf die professionelle Prägung des Offiziers. Hierfür werden die damaligen militärischen Konzepte anhand der amtlichen Quellen erarbeitet. Diesen normativen Quellenaussagen werden die Angaben in den Personalakten der ausgewählten Offiziere gegenüber gestellt. Mit steigendem Dienstgrad finden sich in diesen Akten ausführliche Beurteilungen der Offiziere. Somit lassen sich folgende Fragen beantworten: Welches Idealbild eines bayerischen Offiziers wurde vermittelt und inwieweit folgten die individuellen Beurteilungen der Offiziere dem sich darin spiegelnden Normen- und Wertekanon? Welche inner- und außermilitärischen Qualifikationsmerkmale waren entscheidend für den militärischen Karriereverlauf, welche Merkmale wirkten sich als Hindernis aus? Lassen sich auf bestimmten Karrierestufen gegebenenfalls entscheidende Selektionsschranken aufgrund von außermilitärischen, gesamtgesellschaftlichen Kriterien, wie etwa der Bildung oder der sozialen Herkunft, ermitteln?

In einem dritten Untersuchungsbereich wird die Konstruktion von gesellschaftlichen Selbstbildern des bayerischen Offizierkorps analysiert. Hierfür sollen zuerst, soweit möglich, anhand der Literatur die Fremdzuschreibungen zur gesellschaftlichen Position des bayerischen Offizierkorps im Untersuchungszeitraum skizziert werden, da das Selbstbild der Offiziere durch dessen rechtliche Stellung in der bayerischen Gesellschaft und dessen Sozialprestige entscheidend mitbestimmt wurde. Schwerpunktmäßig wird auf die Selbstsicht des Offizierkorps über seine Rolle in der Gesellschaft eingegangen. Die Hauptlinien in den jeweiligen zeitgenössischen Diskursen

innerhalb des Korps über die soziale Stellung der Offiziere sollen rekonstruiert werden. Inwiefern begründete sich das gesellschaftliche Selbstbild auf Geburt, Familie und Herkunft? Oder zeigte sich vielmehr ein Selbstbild der beruflichen Profession, das leistungsbezogen orientiert war? Wie beeinflussten Kriegserlebnisse die Vorstellungen über die gesellschaftliche Position des Offiziers? Zur Aufzeigung der individuellen Wahrnehmung und Handlungsrelevanz solcher Diskursstrukturen werden daneben Ehrengerichtsakten und Selbstzeugnisse von Offizieren in die Untersuchung einbezogen. Zu ergründen ist, inwiefern vorherrschende kollektive Selbstbilder das individuelle Denken und Handeln der Offiziere bestimmten. Umgekehrt ist danach zu fragen, wie durch die Praxis gültige Deutungsmuster zur gesellschaftlichen Position des Offizierkorps modifiziert oder gar abgeschafft wurden.

Gundula Gahlen, M.A., Universität Potsdam, Historisches Institut, Lehrstuhl für Militärgeschichte, Am Neuen Palais 10, D-14469 Potsdam, E-Mail g.gahlen@freenet.de

Belgische Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft. Deportation, Zwangsarbeit und Anwerbung in Belgien im Ersten Weltkrieg (Dissertation)

von Jens Thiel

Deportation und Zwangsarbeit werden noch immer zuerst mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht. Doch bereits im Ersten Weltkrieg wurde die zwangsweise Heranziehung und die Verschickung von Zivilisten zur Arbeit in den besetzten Gebieten praktiziert. Obwohl dieser Themenkomplex zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Besatzungspolitik im Ersten Weltkrieg in Belgien gehört, hat sich die historische

Forschung nach 1945 erstaunlicherweise nur am Rande mit diesem Thema beschäftigt. Bis heute fehlt eine Gesamtdarstellung des Einsatzes belgischer Arbeitskräfte im Ersten Weltkrieg und ihre Einordnung in die Arbeitskräftepolitik des Deutschen Reiches. Diese Lücke soll das Dissertationsprojekt schließen. Es ist am Institut für Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt und wird von Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig betreut.

Ziel der Untersuchung ist, die verschiedenen Aspekte der Vorbereitung, des Einsatzes und der Lage der belgischen Arbeiter in Deutschland und in den von Deutschland besetzten Gebieten umfassend darzustellen und zu interpretieren. Die Dissertation wird sowohl die Vorgeschichte als auch die Nachwirkungen der Deportationen berücksichtigen. Der Darstellung des Einsatzes der belgischen Zwangsarbeiter wird eine Untersuchung zur Beschäftigung der angeworbenen belgischen Arbeiter in Deutschland an die Seite gestellt. Besondere Aufmerksamkeit wird der Verflechtung wirtschaftlicher, militärischer, politischer und ideologischer Faktoren gewidmet, da die Arbeiterfrage in Belgien eng mit anderen Politikfeldern - etwa der Wirtschafts-, Sozial- oder der Flamenpolitik - verknüpft war.

Nach einer Phase der wirtschaftlichen "Durchdringung" des Landes mündete die deutsche Wirtschaftspolitik gegenüber Belgien spätestens ab Herbst 1916 – als Folge des Hindenburg-Programmes - in eine immer hemmungs- und schonungslosere Ausbeutung des Landes, besonders seiner Rohstoffe, Maschinen und Arbeitskräfte. Gerade an letzteren herrschte in der deutschen Kriegswirtschaft erheblicher Mangel. Ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus den besetzten Gebieten, gewannen im Laufe des Krieges immer mehr an Bedeutung. Die zunächst bestehenden bürokratischen Hindernisse, die ihrer Beschäftigung im Wege

standen, wurden auf Druck der Wirtschaft und der Reichsleitung von den zuständigen militärischen Stellen schrittweise beseitigt. Seit Frühjahr 1915 trat das preußische Kriegsministerium dann selbst mit der Forderung nach belgischen Arbeitern an den Generalgouverneur heran. Sie sollten auf dem Wege der Anwerbung beschafft werden. Unterstützt wurde das Kriegsministerium von Unternehmern und Unternehmerverbänden. Unter diesem Druck geriet das Generalgouvernement in der Arbeiterfrage bis zum Herbst 1916 zunehmend in die Defensive. Während die Vorbereitungen auf eine Zwangsabschiebung belgischer Arbeiter nach Deutschland langsam anliefen, übernahmen im August 1916 Hindenburg und Ludendorff die Heeresleitung. Sie forderten ebenso wie einige Industrielle, unter ihnen Carl Duisberg, Hugo Stinnes und Walther Rathenau, eine zwangsweise Heranziehung belgischer Arbeiter, um die überspannten Anforderungen des Hindenburg-Programmes erfüllen zu können. Dieses Interessengeflecht von militärischen und kriegswirtschaftlichen Interessen setzte sich schließlich gegen den Widerstand der deutschen Zivilverwaltung in Belgien und den der Reichsleitung durch. Mit der Bildung der sogenannten Zivil-Arbeiter-Bataillone begannen Anfang Oktober 1916 die Zwangseinziehungen in dem der Militärführung direkt unterstehenden belgischen und nordfranzösischen Operations- und Etappengebiet. Die Zahl der hier Rekrutierten betrug etwa 62.000. Die Deportationen im Generalgouvernement begannen Ende Oktober 1916. Durch das oft willkürliche Vorgehen bei der Auswahl und beim Transport der Deportierten kam es zu zahlreichen brutalen Übergriffen. Die zur Abschiebung bestimmten Personen wurden bei den einberufenen Kontrollversammlungen selektiert, unter militärischer Bewachung festgehalten und mit der Eisenbahn abtransportiert. Insgesamt wurden bis Mitte

Februar 1917 etwa 60.000 Belgier zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht, wo sie zunächst in sogenannten "Verteilungsstellen" unter meist katastrophalen Umständen leben mussten. Ein großer Teil der Deportierten verweigerte die völkerrechtswidrige Arbeitsaufnahme.

Die Zwangsmaßnahmen riefen im In- und Ausland Protest hervor, auf dessen Facetten in der Arbeit ausführlich eingegangen wird. Spätestens im Januar 1917 war deutlich geworden, dass die Politik der Massenabschiebungen aus Belgien wegen der nur geringen Zahl an Arbeitswilligen gescheitert war. Die Industrie verlor ihr Interesse an der Beschäftigung von belgischen Zwangsarbeitern. Ein kaiserlicher Erlass verkündete schließlich im März 1917 das offizielle Ende der Zwangsverschickungen. Im Operations- und Etappengebiet ging die Zwangsbeschäftigung der belgischen Arbeiter allerdings bis Kriegsende weiter. Die Deportationen trugen dazu bei, dass die Zahl der unter den gegebenen Umständen freiwillig durch das Deutsche Industrie-Büro – eine von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie unterhaltenen Organisation mit dem Anwerbemonopol für Belgien - nach Deutschland Angeworbenen ab Herbst 1916 deutlich anstieg. Mitte 1918 befanden sich etwa 130.000 angeworbene Belgier in Deutschland.

Mit Kriegsende hörte die Beschäftigung belgischer Arbeiter in Deutschland auf. Die Zivil-Arbeiter-Bataillone im besetzten Gebiet wurden aufgelöst, die Arbeiter kehrten noch im November 1918 in ihre Heimat zurück. Während des Krieges verfolgte Pläne zur dauerhaften Beschäftigung belgischer Arbeiter in der deutschen Nachkriegswirtschaft wurden nicht verwirklicht.

Die politischen und juristischen Nachwirkungen von Deportation und Zwangsarbeit in der Nachkriegszeit, die als Ausblick im letzten Teil der Dissertation

behandelt werden, waren vielfältig. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Strafbestimmungen des Versailler Friedensvertrages durch die Alliierten wurden Deportation, Zwangsarbeit und die Internierung von Zivilpersonen unter unmenschlichen Bedingungen als Kriegsverbrechen eingestuft. Zu Verurteilungen im Zusammenhang mit Deportation und Zwangsarbeit ist es in Deutschland jedoch nicht gekommen. Der Dritte Unterausschuss im Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstages zum Völkerrecht im Weltkrieg beschäftigte sich erst 1925/26 mit der Zwangsüberführung belgischer Arbeiter nach Deutschland und erklärte die Zwangsmaßnahmen in Belgien noch nachträglich als völkerrechtskonform – ein Ergebnis, das im Reichstag und in Belgien zum Teil heftige Entrüstung hervorrief.

Überlegungen, ob und inwieweit Zwangsarbeit und Deportation im Ersten Weltkrieg wichtige Voraussetzungen für den Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg schufen - eine These, die z.B. Ulrich Herbert aufgeworfen und mit den Begriffen "Lernprozess" und "Erfahrungshintergrund" treffend charakterisiert hat – beschließt die Untersuchungen zur Arbeitskräftepolitik in Belgien im Ersten Weltkrieg.

Da die Überlieferung des Generalgouvernements und des preußischen Kriegsministeriums während des Zweiten Weltkrieges vernichtet worden sind, stellen die Bestände der Reichsbehörden im Bundesarchiv Berlin und Koblenz sowie die des bayerischen und die des württembergischen Kriegsministeriums in München bzw. Stuttgart die Hauptquellen für die Untersuchungen dar. Hinzu kommen Akten, die ich im Geheimen Staatsarchiv Berlin, in belgischen Archiven, in Firmenarchiven sowie in den Staatsarchiven von Düsseldorf, Münster, Magdeburg und

Merseburg eingesehen habe. Zur Quellenbasis gehört auch die umfangreiche Publizistik der Kriegs- und Nachkriegszeit, für die ich vor allem die Weltkriegssammlung der Berliner Staatsbibliothek nutzen konnte. Das Dissertationsprojekt soll Anfang 2002 fertiggestellt sein.

Jens Thiel, Ruschestr.25, D-10367 Berlin, Tel. ++49 -(0)30 - 55009958, E- Mail Jens.Thiel@web.de

Das deutsche Westheer und die Eskalation der Gewalt. Kriegführung und Besatzungspolitik in Frankreich 1943/44 (Dissertation)

von Peter Lieb

Unbestreitbar hat die Wehrmachtsforschung durch die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung seit mehreren Jahren Konjunktur. Viele Studien sind momentan in Arbeit oder bereits fertiggestellt, welche die Verstrickung der Wehrmacht in die Terrorpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands in den besetzten Gebieten in verschiedenem Maße offenlegen. Allerdings konzentriert sich die Forschung dabei vorrangig auf den Ostkrieg. Hingegen bleiben die besetzten westlichen europäischen Staaten zumeist vernachlässigt. Besonders gilt dieser Befund für Frankreich: Außer dem neuesten Buch von Ahlrich Meyer und einer Dokumentenedition, herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut (DHI) in Paris, ist zur deutschen Besatzungspolitik im

wirtschaftlich wichtigsten der okkupierten Gebiete in letzter Zeit nichts Wesentliches erschienen. Eine noch viel größere Forschungslücke bildet das Verhalten der Wehrmacht und der Waffen-SS gegenüber den Westalliierten vor und nach dem 6. Juni 1944. Dies ist erstaunlich, denn schließlich war die Konzentration der deutschen Führung auf die Westfront seit der Weisung Nr. 51 vom 3. November 1943 die "letzte große Phase der Strategie Hitlers", wie Andreas Hillgruber schon vor langem konstatierte. Man wird folglich der Gesamtinstitution Wehrmacht kaum gerecht, wollte man sie einzig und allein an ihrem Handeln auf dem östlichen Kriegsschauplatz messen.

Meine Doktorarbeit, die auf meine im Herbst 2000 an der LMU München eingereichten Magisterarbeit aufbaut, ist Teil des Projekts "Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur" am Institut für Zeitgeschichte. Sie soll der zentralen Frage nachgehen, warum und in welchem Maße sich der Krieg in der zweiten Kriegshälfte auch im Westen radikalisierte. Besondere Bedeutung kommt in dieser Untersuchung möglichen Rückwirkungen des Vernichtungskrieges im Osten auf den Westen zu. Zwei Ebenen der Radikalisierung sollen untersucht werden: der Partisanenkampf und der Kampf gegen die westalliierten Kombattanten an der Front. Dabei soll zwischen diesen Ebenen der Umgang der Wehrmacht mit der Zivilbevölkerung nicht aus dem Blickfeld geraten. Das Ende des Untersuchungszeitraums fällt in den Herbst 1944 mit dem Abschluss der Räumung Frankreichs und der Stabilisierung der Front an den Reichsgrenzen.

Die Arbeit gliedert sich in zwei große Abschnitte, welche die Titel "Organisation" und "Einsatz" tragen. In "Organisation", dem ersten Teil, wird das gesamte Westheer vom Generalfeldmarschall bis zum einfachen Soldaten untersucht. Anhand der Lebensläufe der höheren militärischen Führung soll es

möglich sein, eine Art Gruppenbiographie zu erstellen, wobei bisherige Verwendungen, vor allem "Osterfahrten", Kriegsbild und geistige Nähe zum Nationalsozialismus wichtige Kriterien sind. Auffallend ist, dass mit dem drohenden Zusammenbruch der Westfront im Sommer 1944 Hitler fast die gesamte höhere Generalität austauschen ließ und die "alte Garde" durch Vertreter einer jüngeren, "osterfahrenen", energischen, rücksichtslosen und dem Nationalsozialismus nahestehenden Offiziersgeneration ersetzte. Nach den höchsten Entscheidungsträgern wird der Fokus auf die ihnen unterstehenden militärischen Einheiten gerichtet. Das Westtheater war ein äußerst heterogen zusammengesetztes Gebilde, welches Verbände von unterschiedlichem militärischen Wert und verschiedenster sozialer Zusammensetzung umfasste. Elitäre Panzerdivisionen von Wehrmacht und Waffen-SS, zweit- und drittklassige Infanteriedivisionen, Ostbataillone rekrutiert aus ehemaligen Rotarmisten, Fallschirmjägerdivisionen und Erdkampfverbände der Marine standen 1944 in Frankreich, um einerseits die Invasion abzuwehren, und andererseits die innere Sicherheit im Hinterland aufrechtzuerhalten. Diese Verbände sollen nach Aspekten wie soziale Zusammensetzung, ideologische Ausrichtung und "Osterfahrt" untersucht werden.

Im zweiten Teil der Arbeit, dem "Einsatz", wird zuerst die Bekämpfung des französischen Widerstands analysiert. Anders als im Osten, auf dem Balkan und auch teilweise in Italien blieben im Westen größere Massaker an der gesamten Zivilbevölkerung, abgesehen von bekannten Beispielen wie in Oradour-sur-Glane, aus, und dies obwohl die Befehlslage von oben für die Partisanenbekämpfung fast identisch mit der seit 1941 im Osten gültigen war. Den Deutschen war scheinbar selbst im Sommer 1944 oft noch an einer Einhaltung

des Kriegsvölkerrechts gelegen, wenn auch gänzlich nach ihrer Lesart. Eine deutliche Radikalisierung des Krieges hat es im Westen in der Widerstandsbekämpfung trotzdem gegeben. "Osterfahrten", Erfahrungen im Partisanenkampf sowie Indoktrinationsgrad der beteiligten deutschen Einheiten sind wichtige Erklärungsmuster dafür, ob ein Anti-Partisanenunternehmen möglichst im militärischen Rahmen blieb, oder es zu überzogenen Repressalien oder gar Massakern kam. Als große Frage gilt es zu beantworten, ob es im Westen ein von oben festgelegtes Terrorisierungskonzept gab und inwieweit dieses von den entsprechenden Stellen ausgeführt wurde.

Schließlich bildet die Konfrontation mit den Westalliierten den letzten Komplex der Arbeit. Der von der NS-Führung im Vorfeld der Invasion propagierte Weltanschauungskrieg gegen die "jüdischen Plutokratien" Englands und der USA wurde vom Großteil des Westtheaters nicht mitgetragen. Zwar wehrten sich die deutschen Verbände anfangs in der Normandie verbissen gegen die feindliche Übermacht, doch völkerrechtliche Verstöße gegenüber feindlichen Kombattanten blieben Ausnahmen. Ab August 1944 mussten sogar immer mehr Wehrmachtseinheiten durch drakonische Strafandrohungen zum Weiterkämpfen gezwungen werden, während es bei der Waffen-SS kaum Auflösungserscheinungen gab. Bei ihr war offensichtlich der Kampf gegen den Kapitalismus im Westen genauso Teil ihrer kompromisslosen Ideologie wie der Kampf gegen den Bolschewismus im Osten. Zusätzlich zeigte sich, dass die Wehrmacht im Westen der von Hitler und dem OKW befohlenen Strategie der "Verbrannten Erde" nur partiell oder, wie im bekannten Fall von Paris, gar nicht nachkam. Weshalb dieser Unterschied zwischen Ost- und Westfront? Wo und warum gab es im Westen dennoch Fälle von Völkerrechtsbruch?

Ein Resümee der Dissertation soll die zentralen Fragen nach den Ursachen, der Art und dem Umfang der Radikalisierung des Kriegs im Westen beantworten, wozu auch die Rückwirkungen des Ostkriegs auf den Westkrieg zählen. Darüber hinaus soll versucht werden, den Standort des Westtheeres im Kontext der Kriege des 20. Jahrhunderts zu bestimmen, also eine historische Einordnung vorzunehmen. Waren die Wehrmacht und die Waffen-SS im Westkrieg Träger eines Weltanschauungskriegs und Exekutoren der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie oder unterschied sich ihr Verhalten nicht so sehr von anderen Armeen in anderen oder gar im gleichen Krieg? Darüber soll diese Arbeit Aufschluss geben und hofft somit einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Wehrmachtsforschung beisteuern zu können.

Peter Lieb, Augustenstraße 94, D-80798 München, E-Mail lieb@ifz-muenchen.de

Historische Orte, Institutionen und Forschungsbereiche

Bombenteppiche: Eine Ausstellung über Krieg und Frieden im Spiegel afghanischer Bildteppiche.

von Markus Pöhlmann

Kunst und Krieg standen seit jeher in einer eigentümlichen Wechselbeziehung, sei es als Medium von Herrschaftsrepräsentation, sei es als unmittelbar das Kriegs-Handwerkszeug gestaltende Tätigkeit, sei es als individuelle

künstlerische Protestform. Dabei fanden diese Begegnungen sowohl auf der Ebene der schönen Künste statt, als auch im Bereich von Volkskunst und Kunsthandwerk. Die Bandbreite ist dabei erstaunlich groß, sie reicht von heroisierenden Schlachtengemälden über die Uniform- und Waffenkunde bis hin zur "Grabenkunst" der Soldaten des Ersten Weltkriegs. Wo immer der Krieg nun gesamtgesellschaftliche Dimensionen annahm, wo immer nicht nur Soldaten sondern auch Zivilisten unmittelbare Kriegserfahrung machten, dort musste sich die künstlerische Beschäftigung auch auf einer ebenso breiten kulturellen Basis einstellen.

Die Ausstellung "Lebensbaum und Kalaschnikow. Krieg und Frieden im Spiegel afghanischer Bildteppiche" im Linden-Museum Stuttgart stellt diese unfreiwillige Kulturbegegnung auf eindruckliche Weise vor. Die neueren militärischen Ereignisse haben die Ausstellungsmacher dabei überrollt und verleihen der Schau eine eigenartige Aktualität.

Gegenstand der Ausstellung sind afghanische Bildteppiche, in denen die Zeit der sowjetischen Besatzung des Landes zwischen 1979 und 1989 thematisiert wird. Eine Einführung in den historischen Kontext und Geschichte der afghanischen Teppichkunst sucht man zunächst leider vergebens (ersteres bleibt aber für die ethnologische Konzeption vielleicht entbehrlich, letzteres erfährt man aus dem Katalogband). Hierzulande sind Bildteppiche als Kunstform allenfalls noch in den massenproduzierten Pulp-Versionen mit den Konterfeis von Michael Jackson, Mustafa Kemal oder Papst Johannes Paul zu bewundern. In Zentralasien bilden sie einen sehr viel lebendigeren Bestandteil der Volkskunst. Ihre Ikonografie ist dort vor allem von dem islamisch begründeten "Bilderverbot" bestimmt, das - folgt man der puritanischen Exegese - ein strenges Verbot figürlicher Darstellungen vorsieht. Kalligrafische

Elemente, Ornamente sowie Tier- und Pflanzendarstellungen stehen deshalb im Mittelpunkt der künstlerischen Darstellung. Mit dem Einmarsch der Sowjets und den einsetzenden Kämpfen veränderte sich das Bildprogramm aber bald auf erstaunliche Weise: die *qalin-e dschihad* (Kriegsteppiche) entstanden. Inhalte und künstlerische Form variieren nach den regionalen Knüpfraditionen, gerade in den Flüchtlingslagern in Pakistan kamen die Teppiche bald regelrecht in Mode. Eigentliche Propagandadarstellungen - etwa die mit englischem Text unterlegte Darstellung einer Frau mit Kind, die eine mit Hammer und Sichel bezeichnete Bombe abwehrt - bilden dabei eher die Ausnahme. Statt dessen schleichen sich die neuen Motive eher in die traditionelle Motivik und den Musteraufbau ein: Statt Lebensbäumen zieren nun russische Helikopter und Panzer die Bordüren. Auf einem westafghanischen Sakimi-Teppich wird das Leben in Kabul gezeigt. LKW-Konvoys, Scharfschützen auf den Hausdächern und ein Militärpolizist, der den städtischen Verkehr regelt. Lebensbaum, Wassergefäß und Teekanne als Zeichen des Lebens und der Gastfreundschaft werden Flugzeugen, Panzern und den allgegenwärtigen Hubschraubern gegenüber gestellt. Auf einem nordafghanischen Teppich reihen sich drei Köpfe aneinander, die von Zangen gefasst erscheinen. Die Konfrontation zwischen Nomaden und Besatzern wird auf einem anderen Teppich aus der Provinz Farah illustriert: Männer mit Kamelen greifen die Gestalt eines gehörnten Dämons ein, wieder

kreisen in der Bordüre die fast liebevoll stilisierten Panzer.

Sucht man nach übergreifenden Themen so ist es - neben dem Eindringen von zerstörerischer Technik in den Alltag traditioneller Gesellschaften - vor allem die Erfahrung des Luftkrieges, die sich im Bildprogramm niederschlägt. Die motivische Reihung von Helikoptern und Jagdbombern deutet so auf die Allgegenwärtigkeit der Bedrohung hin, vor der Menschen und Tier keinen Schutz finden. Viele der Deutungen erschließen sich allerdings erst aus den Beschreibungen in dem hervorragenden Katalogband, der unbedingt empfohlen werden kann. Erstaunlich ist auch die Unmittelbarkeit, mit der die Kriegserfahrungen in Teppiche eingehen. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis die ersten Bildteppiche auf den Markt kommen, die statt der HIND-D-Hubschrauber den amerikanischen Black Hawk im Kampf gegen *burqa* zeigen, das geflügelte Reittier des Propheten.

Die Ausstellung ist noch bis zum 27. Januar 2002 im Linden-Museum Stuttgart, Hegelplatz 1, zu besichtigen. Öffnungszeiten: Dienstag - Sonntag 10-17 Uhr, Mittwoch 10-20 Uhr, Montag geschlossen. Aktuelle Information unter www.lindenmuseum.de.

Siehe außerdem den Katalogband für DM 38.- von Jürgen Wasim Frembgen und Hans Werner Mohm, Lebensbaum und Kalaschnikow. Krieg und Frieden im Spiegel afghanischer Bildteppiche, Blieskastel 2001 (ISBN 3-933389-31-3).

"Das ,Unternehmen Barbarossa' 1941" (wissenschaftliches Online-Forum)

von Wigbert Benz

Ziel dieses Online-Projektes ist es, einen wissenschaftlich fundierten Informations- und Perspektivenaustausch zwischen Fachhistorikern und Geschichtslehren zu diesem zentralen Thema der Zeitgeschichte zu fördern und einer historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit weitgehend verständlich zu vermitteln. Insofern steht dieses seit Anfang 2001 am Historischen Centrum Hagen eingerichtete und von mir verantwortlich moderierte Diskussionsforum an der Nahtstelle von Fachwissenschaft, Geschichtsdidaktik und öffentlicher Rezeption. Aus diesem Grund ist auch die aktive Diskussionsteilnahme des Moderators notwendig, da nur so die verschiedenen sozial-, mentalitäts-, und operationsgeschichtlichen Ansätze auf der einen Seite mit den didaktischen Erfordernissen auf der anderen Seite in einen sinnvollen, miteinander vernetzten Zusammenhang gebracht werden können. Die Nutzer des Forums finden also zu einem bestimmten Themenkomplex sowohl Beiträge zum fachwissenschaftlichen Erkenntnisstand als auch vermittelnde Kommentare mit Informationen zu relevanten Institutionen der Forschung, Hinweise auf entsprechende Unterrichtseinheiten und weiterführende Links. Mittlerweile liegen rund 50 Beiträge vor, die sich u.a. auf folgende Themenkomplexe beziehen:

– Der 22. Juni 1941/2001: Hier wird die Gegenwartsbedeutung (60. Jahrestag) ebenso diskutiert wie die Frage des Charakters dieses Feldzuges als der "ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und

Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt." (Ernst Nolte, 1963);

– Das "Unternehmen Barbarossa" und der Holocaust: Die Beiträge beziehen sich auf die Verortung des Holocaust im Vernichtungskrieg, dessen Struktur und Ausmaß sowie die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen;

- Nachkriegsrezeption: An den Fallbeispielen "Paul Carell" alias SS-Obersturmbannführer und Pressesprecher Ribbentrops Paul Karl Schmidt, den Nürnberger Prozessen bzw. der Wehrmacht vor Gericht und der immer wieder kolportierten Präventivkriegsthese wird die Instrumentalisierung historischer Ereignisse für geschichtspolitische Zwecke erörtert;

- Voraussetzungen für die nationalsozialistische "Judenpolitik" in Weißrussland: Die häufig anzutreffende verengte deutschzentrierte Sichtweise wird hinterfragt und auf die konkreten ethnischen und gesellschaftlichen Bedingungen der okkupierten Länder hin (hier Weißrussland) erweitert – ein Desiderat in Schulgeschichtsbüchern;

– Operationsgeschichte des "Unternehmens Barbarossa": Der Legende von Stalingrad als Kriegswende wird das Scheitern des Blitzkriegskonzepts als Folge systemimmanenter Widersprüche der NS-Außen- und Kriegspolitik entgegengehalten – ebenfalls ein Desiderat für den Geschichtsunterricht.

Die Basisbeiträge zu den beiden letztgenannten Themenkomplexen – zur "Judenpolitik" in Weißrussland von Bernhard Chiari (Militärgeschichtliches Forschungsamt) und zur Operationsgeschichte von Wolf-Dieter Dorn (Arbeitskreis Militärgeschichte) liegen inzwischen auch im HTML-Format vor und sind so in verstärktem Umfang für die historisch-politische Bildung nutzbar, z.B. über ihre Verlinkung bei der von Geschichtslehrern vielfach genutzten "Zentralstelle für Unterrichtsmedien (ZUM) e.V." Dies bedeutet

einen konkreten Fortschritt bei dem Bemühen um geschichtsdidaktische Rezeption zeit- und militärgeschichtlicher Erkenntnisse.

Es besteht die Absicht, das skizzierte Online-Forum dauerhaft als wissenschaftliche Diskussionsplattform zum Ostkrieg auszubauen. Ein noch nicht angesprochener, aber bereits im Forum andiskutierter Themenkomplex wird dabei noch an Bedeutung gewinnen: Die neu konzipierte und im November 2001 neu eröffnete Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung "Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944". Die Konzentration der Ausstellung auf die Dimensionen des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion anhand der Themenkomplexe Völkermord, Hungerpolitik, Partisanenkrieg, Kriegsgefangene, Repressalien und Deportationen erfordert die kritische Begleitung von Fachhistorikern und Didaktikern gleichermaßen.

Wigbert Benz, Aichtalstr. 23, D-70794 Filderstadt, E-Mail WigbertBenz@aol.com;
<http://www.hco.hagen.de/dcforum/barbarossa.html>

Tagungsberichte

**"Zwischen ‚Hammer‘ und ‚Sichel‘:
Bewaffneter Widerstand der
Bevölkerung in Ostmitteleuropa
während des Zweiten Weltkrieges
und die Reaktion der deutschen und
sowjetischen Besatzungsmacht"**

**Jahrestagung des Komitees für die
Geschichte des Zweiten Weltkrieges
am 29./30. Juni 2001 in Dresden**

von Sönke Neitzel

Die diesjährige Jahrestagung des Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Militärhistorischen Museum in Dresden

befasste sich mit dem Widerstandskampf ostmitteleuropäischer Völker gegen die deutsche und sowjetische Besatzungsherrschaft. Dabei ging es insbesondere um die Komplexität des bewaffneten Widerstandes in dieser multi-ethnischen Region und die Frage, inwieweit sich Unterschiede und Parallelen in den Reaktionen zweier totalitärer Systeme auf regionalen Widerstand festmachen lassen. Der Workshop begann mit einem allgemeineren Abschnitt, während im zweiten Teil (anhand der Situation in Polen, Weißrussland) konkrete Fallbeispiele untersucht wurden.

Gábor T. Rittersporn (Paris/ Berlin) betonte in seinem Einleitungsvortrag "Bemerkungen zum Systemvergleich zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus", dass es für die Nationalsozialisten ungleich leichter war, sich selber und die eigenen Feinde zu bestimmen. Entsprechende Definitionen galten als wissenschaftlich begründet und fixiert. Im NS-System standen die Expansion (Suche nach vermeintlichem "Lebensraum"), Feindbilder und das eigene Selbstverständnis in einem unmissverständlichen Zusammenhang: Die Vertreibung oder "Ausrottung" der in jeder Beziehung als minderwertig betrachteten "offenkundigen Feinde" in den Gebieten im Osten Europas stand unverhüllt auf der Tagesordnung. Hingegen hatten die Bolschewiki stets größere Probleme, sich selbst und ihre Gegner zu definieren. Die Modernisierungsvorhaben, die auf der Hypothese beruhten, dass die Bolschewiki imstande wären, alles zu planen, vorzusagen, zu leiten und zu beherrschen, mussten scheitern. Das Sowjetsystem war somit von den unbeabsichtigten, unvorhersehbaren und unbeherrschbaren Umständen bestimmt, die durch die eigenen Modernisierungsversuche hervorgerufen wurden. Diese Tatsache wurde zeitweise einem durch böswillige Kräfte heimgesuchten

Universum zugeschrieben, die mutmaßlichen Feinde und ihre hinterhältigen Manöver als allgegenwärtig empfunden. Der Staat befand sich damit in einem hoffnungslosen Kampf gegen einen Feind, den man tatsächlich nur durch die Vernichtung des Systems als solchem neutralisieren zu können glaubte. Zumindest in der Theorie galt die Bevölkerung der eroberten Gebiete in Osteuropa jedoch nicht als Feind der Bolschewiki. Nur die ehemaligen herrschenden Klassen und Widerstandskämpfer gegen die sowjetische Besatzung wurden verfolgt. Allerdings waren beide Kategorien nicht klar definiert.

Andreas Toppe (München) legte in seinem Referat über die völkerrechtlichen Grundlagen des Partisanenkrieges im Zweiten Weltkrieg dar, dass dieser seine positiv-rechtliche Ausgestaltung in Teilen durch die Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1899 bzw. 1907 erhielt. Danach war der Partisanenkrieg eine legale Form der Kriegführung, sofern er im Einklang mit den Regeln des Kriegsrechts stand. Die HLKO legte die Bedingungen für eine rechtmäßige Kampfteilnahme und die gebotene Scheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten fest (Art. 1 und 2). Von besonderer Bedeutung ist jedoch, dass die HLKO keine Definition des illegalen Kriegsteilnehmers oder positive Bestimmungen über einzuschlagende Verfahren gegen illegale Formationen enthielt. Ein Recht zur Tötung von Freischärlern sprach das Haager Reglement somit nicht aus. Der Begriff der illegalen Kriegsteilnahme (Freischärlerei) musste rechtlich auf nationaler Ebene definiert werden und ebenso die Art und Weise, wie man mit "Freischärlern" zu verfahren gedachte.

In Deutschland firmierten nach der Reichsgründung 1871 Strafverfahren gegen illegale Widerstandsakte unter den Tatbeständen des "Kriegsverrats". Der Verratsgedanke, welcher im Besatzungsgebiet als absolut völkerrechtswidrig einzustufen war,

fand seine Fortsetzung in der Kriegsstrafverfahrensordnung vom 17. August 1938. Eine derartige Rechtsauffassung basierte nach Toppe auf einer Philosophie, die dem Staat die uneingeschränkte Priorität gegenüber dem Völkerrecht einräumte und den Krieg allein unter dem Gesichtspunkt des Staatsnotstandes begriff. Auch die oftmalige Leugnung des Art. 2 HLKO durch die deutschen Militärs habe hier ihren Ursprung gehabt.

Johannes Hürter (München) lenkte anschließend den Blick auf die Erfahrungen späterer Wehrmachtsgeneräle mit irregulärer Kriegführung in den Jahren 1914 bis 1918. Er konzentrierte sich dabei auf die Gruppe der Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen. Diese Generäle erlebten den Ersten Weltkrieg und die Revolutionszeit als junge Berufsoffiziere und wurden mit Eindrücken konfrontiert, die später für ihre Einstellung zum sowjetischen Partisanenkrieg bedeutsam werden sollten:

1. Die Erfahrungen in Belgien (August 1914) verdeutlichten ihnen, dass der moderne Volkskrieg zu Bewaffnung und Widerstand von Teilen der Zivilbevölkerung führen konnte. Diesem teils eingebildeten, teils realen Kleinkrieg wurde abschreckende Gewalt entgegengesetzt, die vor unbeteiligten Zivilisten nicht halt machte.
2. Die Kriegführung der russischen Truppen in Ostpreußen (August/September 1914) bestärkte die Furcht vor der "Gefahr aus dem Osten" und die Auffassung, dass die angeblich kulturell unterlegenen Slawen im Krieg zu barbarischen Exzessen fähig seien.
3. Der innenpolitische Kampf gegen die extreme Linke 1918-1920 radikalisierte den Antibolschewismus dieser Offiziere und schuf die Überzeugung, dass die "Roten" vorzugsweise heimtückisch und aus dem Hinterhalt agierten.
4. Die Auseinandersetzung mit polnischen Insurgenten und bolschewistischen

Freischärlern 1918/1919, die teilweise außerhalb jeder kriegsrechtlichen Bindung als grausamer Guerillakrieg geführt wurde, bestätigte diese drei Eindrücke und vermischte erstmals die Vorbehalte gegen Freischärler, "Ostvölker" und Bolschewisten. So braute sich nach Hürter bereits in den Jahren 1914 bis 1920 in den Köpfen der deutschen Offiziere eine diffuse Vorstellung vom künftigen Partisanenkrieg zusammen. Bei den späteren Wehrmachtsgenerälen verbanden sich die Reizworte "Bolschewismus", "barbarische Ostvölker" und "Bandenkrieg" zu einem jederzeit ansprechbaren und abrufbaren Feindbild. Um so leichter fiel den meisten verantwortlichen Befehlshabern dann die von Hitler geforderte rücksichtslose Bekämpfung der sowjetischen Partisanen jenseits diffiziler kriegsvölkerrechtlicher Abwägungen.

Donald O'Sullivan (Eichstätt) lieferte am zweiten Tag die erste Regionalstudie über "Methoden und Zielsetzungen der verschiedenen Besatzungsmächte bei der Bekämpfung von ‚Partisanen‘ in Litauen". Das Phänomen Widerstand lasse sich nicht ohne Berücksichtigung der historischen Erfahrungen der jeweiligen Gruppen erklären. Während die litauische Bevölkerung aus der Erfahrung der sowjetischen Besatzung 1939/40 den deutschen Besatzungsbehörden zunächst nicht grundsätzlich feindselig gegenüberstand, flüchteten Juden aus den Ghettos in die Wälder und organisierten hier einen bewaffneten Widerstand. Am Ausmaß und der Effektivität des sowjetisch gelenkten, propagandistisch überhöhten Partisanenkampfes gibt es erhebliche Zweifel. Gleichwohl diene das Vorhandensein einer paramilitärischen Guerilla sowohl als Beweis für die Illegitimität der deutschen Herrschaft als auch - aus Sicht von SS und Einsatzgruppen - als Tarnung zur Ermordung von Juden und Kommunisten. Mehrfache "Befriedungsaktionen" des Wehrmachtbefehlshabers im

Reichskommissariat Ostland konnten das allmähliche Anwachsen des Widerstandes nicht aufhalten. Im Vergleich dazu gelang es den sowjetischen Behörden nach der Wiedererlangung der Macht in Litauen besser, die national-demokratisch orientierten "Waldbrüder" mit Agenten zu unterwandern. Zeitweise führte ein sowjetischer Agent gar eine der wichtigsten Gruppierungen des antisowjetischen Widerstands. Beide Diktaturen nutzten die Abschreckung durch Terror und summarische Exekutionen, wobei das sowjetische NKVD - unter Leitung des stellvertretenden Innenministers Sergei Kruglov - auf das an anderer Stelle bereits erprobte Mittel der Massendeportation zurückgriff. In der Wortwahl beider Systeme hatte man es mit "Banditen" und "Terroristen" zu tun, die sowjetische Propaganda bezichtigte ihre Gegner der Zusammenarbeit mit den Nazis oder (ab 1946) mit dem britischen oder amerikanischen Geheimdienst. Tatsächlich hatten einzelne "Waldbrüder" deutsche Trainingsstätten für den Guerillakampf besucht und verfügten über deutsche Waffen. Doch politisch unterwarfen sich die Formationen keinem ausländischen Kommando. Zwischen 1944 und 1947 waren in Litauen bis zu 30.000 Menschen im Untergrund aktiv. Obgleich nach sowjetischen Meldungen die Partisanen 1948 besiegt wurden, lassen sich Gefechte noch bis in das Jahr 1952 nachweisen. Und der letzte Kommandeur der Truppen, Adolfas Ramanauskas-Vanagas, wurde erst 1956 gefangengenommen.

Bernhard Chiari (Potsdam) schloss sich mit dem Thema "Volkskrieg oder Bürgerkrieg? Partisanen in Weißrussland 1939-1944" an. Er verwies auf die große Heterogenität der Besatzungsregime in Ostmitteleuropa und referierte zunächst die historischen Voraussetzungen für das Entstehen einer "Gesellschaft im Verteidigungszustand". Zentrale Stationen für die Entwicklung der multi-ethnischen weißrussischen Region waren

der Erste Weltkrieg und die Besatzungspolitik im "Land Ober Ost", Bürgerkrieg und polnisch-sowjetischer Krieg, verschiedene Phasen sowjetischer und polnischer Nationalitätenpolitik, Kollektivierung und Terror im Stalinismus sowie vor allem die Annexion Ostpolens durch die Rote Armee und die folgende Sowjetisierung nach dem Hitler-Stalin-Pakt. Die Konfrontation mit Fremdherrschaft und Gewalt als historischer Grunderfahrung der Region erkläre zusammen mit der brisanten ethnischen Gemengelage (Weißrussen, Polen, Juden, Russen, Litauer, Ukrainer u.a.) und zahlreichen willkürlichen Grenzziehungen, warum während der deutschen Besatzung nach 1941 nationale Konflikte und Kämpfe zwischen Gewinnern und Verlierern der Sowjetherrschaft ausbrachen. Im Gegensatz zum sowjetischen Mythos vom "Volkskrieg" gegen die Besatzer zeigen neue Studien die Vielfältigkeit und Heterogenität des (bewaffneten) Widerstandes im besetzten Weißrussland. Die Zugehörigkeit von Individuen zu unterschiedlichen Lagern kompromittierte diese und schuf Spannungen bis in einzelne Familien hinein. Die widersprüchliche deutsche Besatzungspolitik, ökonomische Ausbeutung und rassenideologische Zielsetzungen des "Unternehmens Barbarossa", der deutsche Terror und die offen sichtbare Ermordung der weißrussischen Juden brachten eine Spirale der Gewalt in Gang. Im Kriegsverlauf konnte die sowjetische Partisanenbewegung ihren Umfang und ihre Strukturen ständig ausbauen, während die deutsche Seite hierauf mit der Intensivierung des "Bandenkampfes" unter Einbeziehung einheimischer Kräfte reagierte. Chiari strich heraus, dass bis heute keine realistische Darstellung der sowjetischen Partisanenbewegung und ihres Umfeldes vorliegt. Zentrale Fragen wie etwa die der Interaktion zwischen sowjetischen Partisanen und der Bevölkerung auf lokaler Ebene, dem direkten Einfluss des NKVD etwa bei der

Behandlung von "Volksfeinden" oder die Frage nach der Wirkung deutscher nationaler Parolen und Maßnahmen zur "Befriedung" in der Bevölkerung (Wehrdörfer, Propaganda), sind noch nicht hinreichend untersucht worden. Besonders wünschenswert erscheinen deshalb - dies ergab auch die Diskussion - Forschungsprojekte, die mehrere Lokalstudien für Regionen, Städte und einzelne Brigaden gegenüberstellen.

Abschließend befasste sich Harald Moldenhauer (Hamburg) mit der Tätigkeit von NKVD-Truppen auf dem Territorium des sogenannten Lubliner Polen 1944/45. Seine Leitfrage lautete zugespitzt, ob der NKVD-Einsatz dem "Schutz des Hinterlandes" der Roten Armee diene, wie die sowjetische Führung offiziell erklärte, oder ob es sich um eine Variante der berüchtigten sowjetischen "Säuberungen" aus - auf die polnische Frage im Zweiten Weltkrieg zugeschnittenen - politischen Motiven handelte. Einige Beispiele (Großrazzia im Gebiet von Bialystok, Desertionen der Polnischen Armee sowie Verhaftung von 16 Untergrundführern) verdeutlichten, dass die NKVD-Tätigkeit beide angesprochene Motivlagen einschloß und dabei einer eigentümlichen Sicherheitslogik folgte. Dieses Sicherheitsverständnis ging weit über die Bekämpfung konkreter Gefahren des rückwärtigen Raums der sowjetischen Front hinaus. Die "Banden"-Bekämpfung der NKVD-Truppen, richtete sich - unterstützt von der politischen Gegenaufklärung "Smerš" - in erster Linie gegen den polnischen Untergrund, vor allem gegen die Heimatarmee der Londoner Exilregierung (Armia Krajowa, AK). Durch die Verhaftung und Deportation ihrer "Aktivisten" in sowjetische Lager sollte die politische Konkurrenz zur Etablierung einer "sowjetfreundlichen" Regierung ausgeschaltet werden. Mit dieser politischen "Säuberung" ging zugleich ein durch den NKVD vor Ort forcierter "Bevölkerungsaustausch" zwischen dem Lubliner Polen und der UdSSR einher.

Die von Stalin während des Krieges hartnäckig eingeforderte Staatsgrenze der UdSSR entlang der "Curzon-Linie" sollte gleichsam ethnisch untermauert werden. Der vielfach rücksichtslose NKVD-Einsatz destabilisierte die politische und gesellschaftliche Lage in Polen jedoch in einem Maße, dass selbst die mit Moskau eng verbundenen polnischen Kommunisten die sowjetische Führung kontinuierlich um Mäßigung bzw. Revision "repressiver" Maßnahmen baten.

Die lebhaften Aussprachen behandelten vor allem stark das Problem der moralischen und völkerrechtlichen Grauzone. So ist bis heute die Strafwürdigkeit der illegalen Kriegführung nicht hinreichend geklärt. Weiterhin wurde in den Diskussionen die durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände oftmals enge Verquickung von Tätern und Opfern, die Vielschichtigkeit des Begriffs "Partisan" und die Parallelen und Unterschiede von Kommunismus und Nationalsozialismus in der Aufstandsbekämpfung vertieft.

Sönke Neitzel, Universität Mainz, Historisches Seminar, Abt. IV, Welderweg 18, D-55128 Mainz, E-Mail sneitzel@mail.uni-mainz.de

Demobilizing the Mind. Culture, Politics and the Legacy of the Great War, 1919-1933

(26.-28.9.2001, Trinity College Dublin, Irland)

von Neil Jakob

Die Konferenz war die Fortsetzung der Tagung "Mobilizing for 'total' war: society and state in Europe, 1914-1918", die 1993 in Dublin stattfand und deren Beiträge später zum größten Teil veröffentlicht wurden¹⁰. Sie wurde

¹⁰ Siehe *Nouvelles pistes d'histoire urbaine, 1914-18*. In *Guerres Mondiales et Conflits Contemporains*, 183 (1996) & John Horne (Hg.): *State, Society and Mobilization in Europe during the First World War*. Cambridge, 1997

von John Horne, Trinity College Dublin, mit der Unterstützung der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart; dem Centre de Recherches Historiques der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris; dem Centre de Recherche des Historial de la Grande Guerre, Péronne; der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur; sowie dem Department of Modern History, Trinity College Dublin, organisiert.

Die Tagung wurde in fünf aufeinanderfolgende Sektionen unterteilt:

Redeeming the Sacrifice

Moderator: John Horne

Referenten: Adrian Gregory, Alan Kramer, Mark Cornwall

War cultures after the war

Moderatorin: Karen Hagemann

Referenten: Peter Holquist, Gerd Krumeich, Markus Pöhlmann, Leonard Smith

Restoring contact

Moderator: Christophe Prochasson

Referenten: Peter Schöttler, Anne Rasmussen, John Horne

Remembering and forgetting

Moderator: Gerhard Hirschfeld

Referenten: Stéphane Audoin-Rouzeau, Sophie de Schaedrijver, Christian Ingrao, Antonio Gibelli, Keith Jeffery, Annette Becker

War, past and future

Moderator: Keith Jeffery

Referenten: Dennis Showalter, Glenda Sluga

Für eine detaillierte Auflistung der einzelnen Vorträge sowie der Thematik der einzelnen Sektionen siehe newsletter 15 (Juli 2001). Die Vorträge "Practising reconciliation: French and German Pacifists" und "The vision of disarmament, 1919-1933" fanden nicht statt. Die einleitenden und abschließenden Vorträge

wurden von Jean-Jaques Becker (The Moral issues at Versailles) und Hans Mommsen (War and the political culture of National Socialism) gehalten. Außerdem fanden eine öffentliche Vorlesung von Jay Winter (The impossibility of forgetting: "shellshock", mutilation and the memory of war) an der Royal Irish Academy und eine Filmpräsentation durch John Chambers (Cultural demobilization and remobilization in interwar film) statt. Ein interessantes Novum waren die zwei "Research bulletin boards" die acht Doktoranden die Möglichkeit boten das Thema und die Methodik ihrer Forschung kurz vorzustellen.

Hatte sich die erste Tagung mit der Mobilisierung und Remobilisierung während des Krieges befasst, war es Ziel dieser Veranstaltung den Umfang und die Art und Weise der Demobilisierung in der Nachkriegszeit zu untersuchen. In beiden Fällen bezogen sich die Definitionen auf die kulturellen und politischen Bereiche und nicht auf die traditionell enger begrenzten militärischen und wirtschaftlichen. Entscheidend war die Frage der "Kriegskulturen" und deren Fortbestand oder Auflösung in der Nachkriegszeit. Ferner war der international vergleichende Aspekt von zentraler Bedeutung, wobei dies mehr durch die Konferenz in ihrer Gesamtheit als durch die einzelnen Vorträge erreicht wurde. Die Vorträge selbst bezogen sich insbesondere auf Westeuropa (Frankreich, Belgien, Großbritannien, Irland, Deutschland, Italien) und gingen auf Osteuropa (in diesem Falle Tschechoslowakei und Sowjetunion) nur in einem relativ geringen Umfang ein. Amerika und Australien wurden fast ganz ausgeklammert und andere außereuropäische Länder (z.B. Japan und die Türkei) fanden keine Berücksichtigung. Dieser eurozentrische Blickwinkel mag zwar praktische Gründe und eine gewisse Berechtigung gehabt haben, ein Vergleich mit der Peripherie wäre aber

sicherlich interessant gewesen. Ein wichtiger Themenbereich, der im Zusammenhang mit dem Konzept der kulturellen Demobilisierung nicht vertreten war, ist der des Pazifismus. Dies war jedoch auf eine kurzfristige Absage eines Referenten zurückzuführen und wurde zum Teil in der Diskussion wettgemacht. Eine bis 1939 ausgeweitete zeitliche Begrenzung, welche die erneute Mobilisierung sowie die Mobilisierung gegen den Krieg während der dreißiger Jahre eingeschlossen hätte, wäre eine Überlegung wert gewesen. Die im Titel der Tagung enthaltene Abgrenzung 1918-1933 wurde jedoch mehrfach außer Acht gelassen und die Remobilisierung für oder gegen Krieg in den Jahren vor dem deutschen Überfall auf Polen könnte vielleicht als Thema einer dritten Konferenz in Betracht kommen ("Remobilizing the Mind"?).

Anhand verschiedener Medien (Literatur, Memoiren, Film, Kunst, Denkmäler) und Untersuchungsgelder (internationale Politik, Rechtsprechung, akademische Zusammenarbeit) wurden die differenzierten Ansätze zur Überwindung der Gegensätze der Kriegszeit untersucht. Hierbei wurden sowohl die Gemeinschaft und das Individuum, wie auch geschlechterspezifische Aspekte, berücksichtigt. Die Bedeutung des Opfergedankens und der Rechtfertigung der dargebrachten Opfer wurde wiederholt als zentrales Element der Demobilisierung betont und war unbestritten. Weniger Einigkeit herrschte in Bezug auf die Frage, ob es sinnvoll ist, von einem universellen Demobilisierungsbegriff auszugehen oder ob mehrere parallele, auf die spezifischen Umstände eingehenden Definitionen nicht praktikabler wären. Was durch die Konferenz als ganzes klar betont wurde, obwohl es fast offensichtlich erscheint, war die Tatsache, dass der Krieg in vieler Hinsicht 1918/19 nicht zu Ende ging und dass eine weiterführende und erneuerte Mobilisierung anstelle der zu erwartenden Demobilisierung stattfand. Neben

eigentlichen Kampfhandlungen in Ost- und Mitteleuropa dauerte die Mentalität des Krieges im Rest Europas vielerorts weiter an. Die Sprache und die Ideen des Krieges zu demontieren, erwies sich als größere Herausforderung als die Demobilisierung der Heere wurde, die trotz einiger bedeutender Erfolge in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, in manchen Teilen der verschiedenen vom Krieg betroffenen Gesellschaften, also nicht nur in Deutschland, nie erreicht.

Die Konferenzbeiträge werden voraussichtlich in französischer Übersetzung in "14/18 aujourd'hui" sowie in einem Nachfolgeband zu "State, Society and Mobilization in Europe during the First World War" veröffentlicht.

Neil Jakob, Department of Modern History, Trinity College
Dublin, Dublin 2, Irland, Tel. ++353-(0)1-6703394, E-Mail
jakobn@tcd.ie

"Operational Art". Jahrestagung der Society for Military History, Calgary, Kanada, 24.–27. Mai 2001

von Annika Mombauer

Die Jahrestagung der amerikanischen *Society for Military History* (SMH) fand dieses Jahr vom 24. bis 27. Mai in Kanada statt und wurde von der *Society for Military and Strategic Studies* an der Universität von Calgary organisiert. Etwa 400 Teilnehmer trafen sich zu einem Programm, das alle Facetten der Militärgeschichte umfasste, und in dem über 200 verschiedene Vorträge angeboten wurden. Das Publikum und die Teilnehmer bestanden vorrangig aus Militärgeschichtlern aus dem anglo-amerikanischen Raum.

Das Thema der Konferenz war "Operational Art", wobei sich allerdings die Beiträge vielfach auch auf andere militärhistorische Themen bezogen. In seiner "Keynote Speech" machte Hew Strachan (Glasgow) auf das Problem der Definition von militärischen Begriffen aufmerksam. In einer *tour de force* durch die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts und die sich verschiebenden Bedeutungen scheinbar gleichbleibender Begriffe unterstrich er, wie wichtig es sei, dass Historiker sich über die ständig entwickelnde und verändernde Definition von historischen Begriffen klar sind. So stellte er zum Beispiel dar, dass sowohl im Golfkrieg als auch im Ersten Weltkrieg Ermattungsstrategien angewendet wurden, dass aber der Begriff "battle of attrition" eine andere Bedeutung für Norman Schwarzkopf als für Falkenhayn oder Clausewitz hatte. Unser heutiges Verständnis des Begriffes beruht vor allem auf den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges; ein Verständnis der Kriegsplanung und Strategie muss aber immer zunächst versuchen, zu einer genauen Definition der Terminologie der Zeitgenossen

zu gelangen. Für ein hauptsächlich englischsprachiges Publikum wie in Calgary und für anglo-amerikanische Militärgeschichtler wird dieses Problem noch dadurch erschwert, dass eine akkurate Übersetzung der subtilen Unterschiede zwischen "erschöpfen", "zermürben", und "ermatten" im Englischen kaum möglich ist. Hatten Falkenhayn und Clausewitz im Prinzip die gleiche Idee, wenn der eine von "verbluten", der andere von "ermüden" sprach? Strachan's Beitrag bezog sich im Speziellen auf die verschiedenen "Modes of War". :Manoeuvre, Attrition and Annihilation' und war ein gelungener Auftakt für eine Konferenz, die von einer beeindruckenden Breite war.

Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts fanden besonders breites Interesse - sowohl bei den Vortragenden als auch beim Publikum. Aber es kamen auch Historiker antiker sowie frühneuzeitlicher Kriege auf ihre Kosten. Die Beiträge reichten von der Kriegserfahrung im frühneuzeitlichen Großbritannien und in der Antike, über Krieg und Gesellschaft in Mexiko, Perspektiven zum Paraguay-Krieg und zur Indischen Armee 1849-1918 bis hin zum Thema militärischer Führung in China und Asien.

Militärtechnische Themen und Vorträge zur Operationsgeschichte (vor allem im Hinblick auf US-Amerikanische Truppen) standen bei einer Tagung wie dieser, in der unter den Teilnehmenden und Vortragenden eine große Anzahl von Militärs vertreten waren, stark im Vordergrund. Überhaupt war es vor allem die "traditionelle" Militärgeschichte, die hier ein großes Publikum fand. Aber auch weniger traditionelle Themen, wie z.B. neue Interpretationen zur Geschichte der Kriegsgefangenschaft und Vorträge zu "Post-Combat Syndromes" wurden angeboten und fanden Interesse. Die "Panels" von meist drei Vortragenden plus "Chair" waren nicht immer so zusammenhängend, wie es wünschenswert

gewesen wäre, und die Beiträge, welche bewusst als kohärente Einheit von den Vortragenden vorgeschlagen worden waren, kamen im allgemeinen besser beim Publikum an.

Die Jahrestagung war auch ein Anlass, die jährlich von der *Society for Military History* verliehenen Preise zu vergeben. Unter anderem erhielt Richard Overy den Samuel Eliot Morison Preis für seinen wissenschaftlichen Beitrag zur Militärgeschichte, während Preise für ausgezeichnete militärhistorische Werke an Geoffrey Megargee (*Inside Hitler's High Command*) und Brian McAllister Linn (*The Philippine War, 1899-1902*) gingen. The Oxford Companion to American Military History wurde ebenfalls mit einem Distinguished Book Award ausgezeichnet.

Die nächste Jahrestagung der Society for Military History findet vom 4. bis 7. April 2002 in Madison, Wisconsin statt und hat das Thema: War and Remembrance: Constructing the Military Past and Future. Besonders willkommen sind Beiträge, die sich mit militärischen Klassikern, militärischen Reformern und militärischer Leitung befassen, obwohl Vorschläge jeder Art berücksichtigt werden. Weitere Informationen sind unter www.smh-hq.org/2002conf/2002call.html zu erhalten. Die weite Reise zu dieser Tagung lohnt sich sicherlich auch für Militärgeschichtler aus dem deutschsprachigen Raum, die 2001 eher spärlich vertreten waren, denn hier trifft sich "everyone who is anyone" im Feld der Militärgeschichte im englischsprachigen Raum.

Dr. Annika Mombauer, Department of History, The Open University, Walton Hall, Milton Keynes, MK7 6AA; E-Mail A.Mombauer@open.ac.uk

Tagungsankündigungen

"Frontlines: Gender, Identity and War"; School of Historical Studies, Monash University / Australia (12.-13.7.2002)

(Keynote Speakers: Joanna Bourke and Joy Damousi)

"Frontlines: Gender, Identity and War" is a multi-disciplinary conference that will bring together researchers with an interest in the social and cultural aspects of war. It will invite particularly an exploration of the ways that national, cultural and personal identities intersect at times of major upheaval. Discussions of migrant and indigenous experiences of war will be encouraged as will papers that take a comparative approach to the social and cultural aspects of conflicts across time.

Organisers invite papers from all disciplines including the Humanities, Law, Science, Medicine and Nursing. We welcome papers from postgraduate students who wish to present their research in an international forum.

Sessions will include, but will not be restricted to, the following areas: Literary representations of war / War in film / Indigenous experiences of war / Outsiders at home: migrants and the war experience / Women and War / War and Masculinity / War commemoration / Shifting Boundaries - War, peace treaties and enforced national identity / Clinical War - contagious diseases, army hospitals, psychoanalysis and war neuroses / War as Metaphor

Abstracts of no more than 200 words should be sent to the Organising Committee: Frontlines: Gender, Identity and War; School of Historical Studies; Monash University; Clayton Vic 3800. Or by email to: E-mail genidwar@arts.monash.edu.au, www.arts.monash.edu.au/history/events/genidwar.html

**"The Cold War Army, 1947-1989".
Conference of Army Historians. U.S.
Army Center of Military History;
Washington (6.-8.8.2002)**

The U.S. Army Center of Military History is soliciting papers for the 6-8 August 2002 biennial Conference of Army Historians, to be held in the Washington, D.C., area. This biennial conference has traditionally featured presentations on joint and combined military history as well as papers presented by civilian historians from government and academia. As such, we are very pleased to invite members of the international and academic communities to both attend and present papers on the 2002 theme of "The Cold War Army, 1947-1989."

Papers may deal with any aspect of the U.S. Army's role during the Cold War and may range from panels on the Cold War in Europe, to include the different perspectives of NATO and Warsaw Pact countries; the war in Vietnam and perspectives of the Pacific nations regarding the U.S. Army; Army training and preparation for the war that never came; and the different societal and cultural issues the Army faced during this sometimes tumultuous 40-year period. These are but some of the topics that may be presented upon.

Presenters should be prepared to speak for 20 minutes. Should the Center of Military History decide to publish the conference papers, the presenters will have an opportunity to submit a formal paper for consideration.

Further information on the conference location will be forthcoming on the Center of Military History Website www.army.mil/cmh-pg.

Prospective participants should send their proposed topics to Dr. Robert Rush; U.S. Army Center of Military History; ATTN: DAMH-FPF; 103 Third Avenue, Fort McNair, DC 20319-5058; telephone (202) 685-2727. Dr. Rush may also be contacted by E-Mail at robert.rush@hqda.army.mil

Ein "totaler Krieg"? Belgien und der Erste Weltkrieg.

Neue Tendenzen in der Historiographie. Internationale Konferenz organisiert vom Institut für Geschichtswissenschaft der Université Libre de Bruxelles (ULB) in Zusammenarbeit mit dem Centre d'Etudes et de Documentation Guerre et Sociétés contemporaines (CEGES) (16.-17. Januar 2003; Brüssel))

In den letzten Jahren konnte die Forschung über den Ersten Weltkrieg sowohl in Belgien wie im Ausland einen stetigen Aufschwung. Neue Forschungsrichtungen wurden dabei eingeschlagen, was zu einer Relektüre der verschiedenen Aspekte dieses Krieges führte. Die Erschließung neuer Quellen hat es erlaubt, die Tiefenwirkungen dieses Konfliktes in der belgischen Bevölkerung heraus zu arbeiten. Die Konferenz hat sich zum Ziel gesetzt, drei Themenpunkte während der Kriegs- und Nachkriegsjahre näher zu beleuchten: 'die nationalen Gesellschaften im Krieg', 'Krieg und Intimität', 'Kultur und Wissenschaft'. Diese Herangehensweise erlaubt es auch, das Konzept der 'culture de guerre' und seine Konsequenzen für die belgische Gesellschaft zu analysieren.

Mit der Einladung ausländischer Forscher wollen die Organisatoren den Austausch der Forschungsergebnisse in Belgien und im Ausland erleichtern. In diesem Zusammenhang wird jungen Forschern ein besonderer Platz eingeräumt. Vorgeschlagene Themen:

1. Nationale Gesellschaften im Krieg:

- a. Belgien im Innern
 - Entstehung von Solidaritätsprozessen (CNSA...)

- Mobilisierung gegen den Feind (Widerstand...)
- Patriotismus: ein durch alle geteilter Wert?
- Verhältnis zum Feind (politisches und gewerkschaftliches Leben im besetzten Belgien, Kollaboration, Verfolgung...)
- Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Ausländern während und nach dem Krieg
- Repression der Kollaboration und Volksjustiz am Ende des Konfliktes

b. Belgien im Ausland

- Deportierte
- Kriegsgefangene
- Flüchtlinge
- Bild Belgiens im Ausland während und nach dem Kriege

c. Die Front

- Militärjustiz
- 'shell shock'
- Deserteure
- Fronturlaub
- Veteranen in der Nachkriegsgesellschaft

2. *Krieg und Intimität*

- Familie
- Sexualmoral
- Traumatische Erfahrung der Trauer
- Auswirkungen der Abwesenheit des Familienvorstandes
- Auswirkungen auf die Rolle der Frau

3. *Kultur und Wissenschaft*

- Verlust von intellektuellen Kontakten
- Einfluss auf Literatur, Theater...
- Rolle der deutschen Zensur
- 'Germanisierung' der Kultur

Arbeitssprachen sind: Englisch, Französisch, Niederländisch. Autorinnen und Autoren sind gebeten, ein Abstract (1 Seite) bis zum 1. Juni 2002 einzureichen.

Organisationskomitee: Michaël Amara (ULB-Brüssel) / Serge Jaumain (ULB-Brüssel) / Benoît Majerus (CEGES/SOMA-Bruessel) / Antoon Vrints (CEGES/SOMA-Brüssel)

Wissenschaftliches Komitee (unter Vorbehalt): Annette Becker (Paris X Nanterre -Paris) / Alan Kramer (Trinity College -Dublin) / Sophie de Schaepdrijver (Pennsylvania State University-USA) / Jose Gotovitch (CEGES-Bruessel) / Eliane Gubin (ULB-Brüssel) / Gerd Krumeich (Heinrich Heine Universität-Düsseldorf) / Patrick Lefevre (MRA/KLM-Brüssel) / Pierre-Alain Tallier (AGR/ARA-Brüssel) / Laurence Van Ypersele (UCL-Löwen)

Kontaktadressen: Benoît Majerus und Antoon Vrints; Centre for Historical Research and Documentation War and Contemporary Society (CEGES/SOMA); Residence Palace/Block E; 155, rue de la loi/bte 2; B-1040 Brussel (Belgium); Tel.: ++32-2-287-4714 / Fax: ++32-2-284-4710; E-mail: benoit.majerus@cegesoma.be / antoon.vrints@cegesoma.be

Serge Jaumain und Michaël Amara; Université Libre de Bruxelles; Institut für Geschichtswissenschaft; CP 175; 50, av. Roosevelt; B-1050 Bruxelles (Belgien); Tel.: ++32-2-650-3803 / Fax: ++32-2-650-3919; E-mail sjaumain@ulb.ac.be / mamara@ulb.ac.be

Web site: www.ulb.ac.be/philo/histoire/colloques.html



Erfinderisch.

Leutnant A.: „Was haben Sie denn da für einen Bindfaden vor den Spiegel gespannt, Kamerad?“

Leutnant B.: „Ah, eigene Erfindung, um zu konstatieren, ob Schnurrbartspitzen an beiden Seiten gleich hoch stehen.“

159. Karikatur von J. Leiter. Dorfbarbier 1902.